

Beilage Nr. 3 zu den
MONATSBERICHTEN DES
ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XX. Jahrgang, Nr. 11

Abgeschlossen am 25. November 1947

Die wirtschaftliche Lage
Ungarns

WIEN 1947

IM SELBSTVERLAGE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, WIEN, I., WIPPLINGERSTRASSE 34

Inhaltsverzeichnis

<p>Die wirtschaftliche Lage Ungarns 3</p> <p> Allgemeine Wirtschaftsprobleme 3</p> <p> Die Ordnung der Währungs-, Preis- und Lohn- verhältnisse 4</p> <p> Die Währungsreform 4</p> <p> Vorsichtige Geld- und Kreditpolitik 7</p> <p> Löhne und Preise 9</p> <p> Die Landwirtschaft 11</p> <p> Die Bodenreform und ihre Folgen 11</p> <p> Die landwirtschaftliche Produktion seit 1945 11</p>	<p>Industrielle Produktion 16</p> <p> Allgemeine Industrieprobleme 16</p> <p> Die Kriegsschäden 17</p> <p> Die Verstaatlichung 17</p> <p> Die Entwicklung des Bergbaues und der industriellen Produktion 18</p> <p> Die bergbauliche Produktion 18</p> <p> Die industrielle Produktion 19</p> <p> Außenhandel 22</p> <p> Tiefgreifende Strukturwandlungen 22</p> <p> Die Entwicklung des Außenhandels 23</p> <p> a) Nach Waren 23</p> <p> b) Nach Handelspartnern 24</p> <p> Zusammenfassung 27</p>
---	---

Nachdruck nur auszugsweise und mit genauer Quellenangabe gestattet.

Herausgeber, Verleger und Eigentümer: Verein „Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung“, Wien, I., Wipplingerstraße 34.

Präsident: Bundesminister Dr. h. c. Eduard Heini, Wien, I., Stubenring 8-10.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Franz Nemschak, Wien, XXVI., Peter-Rosegger-Gasse 27.

Carl Ueberreutersche Buchdruckerei und Schriftgießerei (M. Salzer), Wien, IX., Pelikangasse 1.

Die wirtschaftliche Lage Ungarns

Allgemeine Wirtschaftsprobleme

Der ungarische Wirtschaftsraum erfuhr im Laufe der letzten drei Jahrzehnte dreimal einschneidende Veränderungen (siehe Übersicht 1), die die Entwicklung der ungarischen Volkswirtschaft entscheidend beeinflussten. Jede Gebietsveränderung zwang die ungarische Wirtschaft zur Anpassung an die veränderten wirtschaftlichen Grundlagen und löste Friktionen aus, die noch dadurch verstärkt wurden, daß die jeweiligen Gebietsänderungen ausschließlich nach politischen Gesichtspunkten, ohne Rücksicht auf die Funktionsfähigkeit des wirtschaftlichen Organismus, vorgenommen wurden.

Durch die im Pariser Friedensvertrag vom 10. Februar 1947 festgelegten Gebietsverluste wurde die ungarische Bevölkerung und das ungarische Staatsgebiet wieder auf den Stand vor 1938 zurückgeführt. Damit ist Ungarn nunmehr wieder stärker der gemeinsamen Problematik des Südostraumes unterworfen, die sich um drei strukturbedingte Grundfragen kristallisiert: 1. Die Frage des industriellen Potentials, 2. das Problem der landwirtschaftlichen Überbevölkerung und 3. die Lösung der sozialen Spannungen.

Anderungen des Gebiets- und Bevölkerungsstandes Ungarns in den Jahren 1914—1946

Übersicht 1

Jahre	Bevölkerung Mill. Personen	Fläche in 1000 km ²	Bevölke- rungsdichte je km ²	Ackerland je Einwohner in ha
1914 ¹⁾	18·89	283·5	66·8	0·68
1920 ²⁾	7·99	93·0	85·8	0·66
1941 ³⁾	9·31	93·0	100·0	0·60
1941 ⁴⁾	14·67	171·6	85·4	0·59
1946 ⁴⁾	9·30	193·0	100·0	0·60

¹⁾ Altungarn ohne Kroatien und Slawonien.

²⁾ Trianonungarn.

³⁾ Ungarn nach den Wiener Schiedssprüchen.

⁴⁾ Am 30. VI. 1945 wurden 8,66 Mill. Einwohner gezählt. In der Zwischenzeit wurden jedoch rund 600.000 Personen repatriiert, sodaß Ungarn wieder den Stand von 1941 erreicht haben dürfte.

Im industriellen Bereich wirkten sich die Raumänderungen besonders nachteilig aus, da die Mehrzahl der Betriebe im Kernland konzentriert und erhalten geblieben ist, während sich das inländische Absatzgebiet bedeutend verkleinert hat. Die unter einem hohen Zollschutz betriebene Industrialisierung Ungarns (unter entscheidender Beteiligung ausländischen Kapitals) machte schon zwischen den zwei Weltkriegen einzelne Industriezweige in hohem Maße vom Export abhängig. Darüber hinaus wurde Ungarns Industriekapazität durch die letzte Industrialisierungswelle (1938 bis 1943) zum Teil auf den Kriegsbedarf bzw. auf den von Deutschland propagierten Großwirtschaftsraum zugeschnitten. Der gewaltsame und vielfach willkürliche Abbau der Industrie durch die Kriegshandlungen hat den strukturellen Aufbau nicht wesentlich verändert, wohl aber die Disproportionalitäten der Industriestruktur verschärft.

Gleichzeitig tritt das Problem der ländlichen Überbevölkerung wieder in Erscheinung¹⁾. Die Bodenreform und die Aufsaugung freier Arbeitskräfte durch die Industrie mildern zwar den Bevölkerungsdruck, schaffen jedoch gleichzeitig neue Probleme, unter denen die Herbeiführung einer optimalen Industriestruktur und die Rentabilitätsfrage des kleinbäuerlichen Besitzes besonders hervortreten.

Die sozialen Spannungen entstanden im alten Ungarn vielfach durch die ungleichmäßige Grundbesitzverteilung, die zur Entstehung eines „landwirtschaftlichen Proletariates“ führte. Wenn auch

¹⁾ So entfielen 1938 auf 100 ha Ackerland 72 landwirtschaftliche Berufstätige, einschließlich ihrer Angehörigen, gegen 43 in Deutschland, 37 in Frankreich und 32·4 in Dänemark.

die neue Bodenverteilung den feudalen Großgrundbesitz zerschlug und die sozialpolitischen Spannungen durch Beseitigung der ungleichen Besitzverhältnisse löste, so blieb doch die Frage der wirtschaftlichen Selbständigkeit und der Rentabilität des klein- und zwergbäuerlichen Besitzes bestehen.

Neben den strukturellen Problemen hat Ungarn aber auch eine Reihe *zeitlich bedingter* Schwierigkeiten zu lösen. Durch die Änderung der Besitzverhältnisse trat, zumindest vorübergehend, eine Leistungsverminderung ein, die sich insbesondere in der Landwirtschaft auswirkt. Die Bodenreform erfordert eine produktionstechnische und produktionswirtschaftliche Umstellung, die Jahre in Anspruch nehmen wird. Die ungeheure Vernichtung an Volksvermögen durch den Krieg und die Reparationsleistungen sind eine weitere schwere Belastung für die ungarische Wirtschaft. Schließlich ergibt sich im Außenhandel die Notwendigkeit, neue Absatz- und Bezugsgebiete zu suchen und insbesondere den Export über das Vorkriegsniveau zu steigern.

Die *wirtschaftspolitischen Maßnahmen* und Zielsetzungen des heutigen Ungarn müssen aus dieser Gesamtproblematik verstanden werden. Die Vorkriegsmethoden sind auf die veränderten Verhältnisse nur schwer anwendbar und es bedarf neuer Mittel der Wirtschaftspolitik, die man in verstärkter Sozialisierung, Verstaatlichung, neuer Besitzverteilung und Planwirtschaft gefunden zu haben glaubt.

Erst seit der Währungsstabilisierung am 1. August 1946 wird eine Gesamtplanung sichtbar, die ihren vorläufigen Abschluß in den Maßnahmen zum Dreijahresplan findet. Vor dem August 1946 überließ man das Wirtschaftsleben mehr oder weniger der privatwirtschaftlichen Initiative, die durch eine inflationistische Geldpolitik einen zusätzlichen Antrieb erhielt. Unter Beibehaltung des Privateigentums in der Landwirtschaft und in weiten Teilen der Industrie hat man sich bisher auf die Verstaatlichung der Finanzinstitute, des Bergbaues und der Schlüsselindustrien sowie einiger Verkehrsgesellschaften beschränkt. Rund 43% der in Bergbau, Industrie und Metallurgie Beschäftigten entfallen auf die Staatsbetriebe, wozu noch eine Reihe kommunalisierter Betriebe, insbesondere der Nahrungsmittelbranche, treten. Mit der Verstaatlichung der Banken wird darüber hinaus eine direkte Einflußnahme auf die verbliebenen privatwirtschaftlichen Unternehmen möglich, da etwa 80% der ungarischen Industrie vom Finanzkapital beherrscht werden. Eine weitere Verstaatlichung wird vor allem durch die ausländischen Kapitalinteressen gehemmt, und

zwar nicht nur durch die englisch-amerikanischen, sondern auch durch die russischen, da auch Rußland eine Verstaatlichung der gemischten und der rein russischen Gesellschaften ablehnt.

Die Ordnung der Währungs-, Preis- und Lohnverhältnisse

Die Währungsreform

Die ungarische Währungsreform¹⁾ versuchte durch koordinierte Maßnahmen auf der Geldseite und der Preis-Lohn-Seite die zügellose Inflation, die in Ungarn stärkere Ausmaße angenommen hatte als die Inflation in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg, zu beenden. Die Währungsreform beschränkt zum Teil neue Wege und muß als ein gelungenes volkswirtschaftliches Experiment angesprochen werden, dem nicht nur praktische, sondern auch theoretische Bedeutung zukommt. Der wesentliche Unterschied gegenüber anderen Währungsreformen liegt vor allem darin, daß gleichzeitig mit dem Außerkurssetzen des inflationierten Pengö und der Ausgabe der neuen Forintwährung ein vollkommen neues Preis- und Lohngefüge eingerichtet wurde. Dieses konstruierte Preis- und Lohngefüge wurde in monatelangen Verhandlungen von den Vertretern der Regierung und der kommunistischen Partei gearbeitet und fußt weitgehend auf den Relationen der Vorkriegszeit, die entsprechend der veränderten wirtschaftlichen Situation und der beabsichtigten Wirtschafts- und Sozialplanung modifiziert wurden. Die Neukonstruktion erwies sich deshalb als notwendig, weil die Preisrelationen im Verlaufe der vorangegangenen Inflation derart verzerrt wurden, daß sie als Grundlage eines neuen Preisgefüges unbrauchbar waren. Ein freies Einspielen der Preise hätte in der bestehenden Mangelwirtschaft schwerste soziale Nachteile mit sich gebracht und wäre außerdem mit den vorgesehenen planwirtschaftlichen Maßnahmen unvereinbar gewesen. Das konstruierte Preis- und Lohngefüge bedurfte zu seiner Aufrechterhaltung eines weitgehenden staatlichen Schutzes. Eine freie Marktwirtschaft hätte es unweigerlich zum Einsturz gebracht, schon allein deswegen, weil die Preisrelationen nicht der relativen Knappheit der einzelnen Produktionsfaktoren entsprechen. Die Stabilisierung des Preisgefüges hing daher wesentlich von einer staatlichen Lenkung des Geld- und Kreditsystems, einer wirksamen Preiskontrolle sowie einer detaillierten Produktionsplanung ab.

Beim Aufbau der neuen Preis- und Lohnskala wurde von der Erwägung ausgegangen, daß das ver-

¹⁾ Ausführliche Besprechungen siehe: Ungarisches Institut für Wirtschaftsforschung, Heft 1, 1946.

minderte reale Volkseinkommen (das Volkseinkommen betrug 1946/47 nur etwa 60% von dem des Jahres 1938) auch nominell in einem entsprechenden Abstand zwischen den Preisen und den Nominal-einkommen der einzelnen Einkommensempfänger zum Ausdruck kommen müsse. Preise und Löhne wurden daher auf Grund des voraussichtlichen Waren- und Dienstleistungsstromes so fixiert, daß die dem Einzelnen verfügbare Kaufkraft mit dem Leistungsangebot weitgehend übereinstimmte und die Gefahr einer Durchbrechung des Preisgefüges durch ungebundene Kaufkraft von vornherein auf ein Minimum reduziert wurde.

Ausgehend von einem gemischten Weltpreisindex für die ausländischen Rohprodukte, der über dem schweizerischen und unter dem amerikanischen lag, wurde die Preissteigerung ausländischer Rohprodukte gegenüber der Vorkriegszeit ermittelt und dementsprechend ein Münzfuß festgelegt, der das 2,29fache desjenigen von 1939 betrug. Ein Kilogramm Feingold entsprach demnach 13.210 Forint. Unter Berücksichtigung des New Yorker Goldpreises ergab sich ein Devisenkurs von 1 Dollar = 11,74 Forint, der den Anschluß an die Weltmarktpreise sichern sollte.

Der Multiplikationsfaktor von 2,29 wurde den Preiserhöhungen gegenüber 1938/39 als Mittelwert zu Grunde gelegt. Die Produktpreise wichen allerdings im einzelnen stark vom Durchschnittswert ab. Als Richtschnur für die Festlegung der einzelnen Preisrelationen diente die von der Regierung verfolgte Produktionspolitik sowie die geänderten Produktivitätsverhältnisse.

Generell ergab sich für Industriegüter ein Multiplikationsfaktor von 4,2 gegenüber 3,2 in der Landwirtschaft, so daß die Agrarschere 27,8% betrug¹⁾. Innerhalb der beiden Produktionssphären bestanden beachtliche Differenzierungen. So wurde der Multiplikationsfaktor für pflanzliche Produkte mit 2,5, der für tierische Produkte hingegen mit 4,2 festgelegt; ebenso schwankten die Preise in der Industrie zwischen dem 3,8fachen und 4,7fachen der Preise von 1939. Diese detaillierten Preisdifferenzierungen lassen die beabsichtigte Produktionslenkung klar erkennen. Demgegenüber war die weit geöffnete Agrarschere nur eine vorübergehende Erscheinung, bedingt durch die industriellen Engpässe. Mit der Steigerung der industriellen Produktion konnten in den folgenden Monaten die Preise für Industriegüter wieder gesenkt werden, so daß die beiden Preisebenen sich näherten, ohne jedoch die

¹⁾ Siehe: Ungarisches Institut für Wirtschaftsforschung, Heft 2, 1946.

produktionspolitisch orientierten Preisüberhöhungen aufzuheben.

Bei der Fixierung des industriellen Lohnniveaus waren das verminderte Sozialprodukt, die Reparationsleistungen und die aus verschiedenen Gründen gesunkene Arbeitsproduktivität in Rechnung zu stellen. Als Ausgangsbasis wurde festgelegt, daß der Reallohn bei einer im Vergleich zur Vorkriegszeit 75% igen Arbeitsleistung 50% des Vorkriegsreallohnes erreichen soll. Ein Prämiensystem sorgte für Ausgleich bei höherer Arbeitsleistung. Bemerkenswert ist in diesem neuen Lohnsystem die Nivellierung der persönlichen Einkommenshöhe durch stärkere Reduzierung der Gehälter als der der Löhne sowie durch eine stark progressive Besteuerung.

Neben der Lohn- und Preisregulierung war die Sanierung des Staatshaushaltes ein wichtiges Glied in dem im Zuge der Währungsanierung aufgestellten Gesamtplan. Einschneidende Sparmaßnahmen, vor allem auf dem Gebiet der Personalausgaben²⁾ (Abbau des aufgeblähten Beamtenapparates der Kriegszeit) mußten getroffen werden, um das Budget ins Gleichgewicht zu bringen. Dies war insbesondere angesichts der hohen Reparationsleistungen erforderlich, die mit insgesamt 967,5 Mill. Forint³⁾ 35% der ordentlichen Verwaltungsausgaben (2.753 Mill. Forint) ausmachen. Zuzüglich der 200 Mill. Forint, die im Budget unter „Lasten aus den Friedensverträgen“ aufscheinen, nehmen diese internationalen Verpflichtungen fast 50% der Ausgaben ein. Trotzdem konnte das Defizit im Voranschlag auf 257 Mill. Forint beschränkt werden. Zusammen mit dem Passivsaldo des gesondert aufgestellten Budgets der staatlichen Betriebe in Höhe von 120 Mill. Forint ergibt sich ein Gesamtdefizit von 377 Mill. Forint bei einer Gesamtausgabenhöhe von 4.200 Mill. Forint⁴⁾⁵⁾.

²⁾ Der Beamtenstand wurde um 30% verringert. Bei der Entlassung waren maßgebend erstens die politische und soziale Haltung seit 1939, zweitens kamen in Frage weniger gut qualifizierte Arbeitskräfte, drittens qualifizierte Arbeitskräfte, wenn man sie entbehren konnte. Ein gewisser Pensionsanspruch wurde nur jenen Angestellten zuerkannt, die über 45 Jahre alt waren.

³⁾ 520 Mill. Forint an die Sowjetunion, 221 Mill. Forint an Jugoslawien, 4,3 Mill. Forint an die CSR., 30 Mill. Forint für den Unterhalt der alliierten Kontrollkommission und 132,2 Mill. Forint für Besatzungskosten.

⁴⁾ Das Budget der Staatsbetriebe zeigte auch in den Vorkriegsjahren ständig Fehlbeträge, die erstmalig 1937/38 durch den Überschuß im Verwaltungsbudget ausgeglichen werden konnten.

⁵⁾ Die vorläufige Schlußrechnung weist gegenüber dem Voranschlag eine Erhöhung beider Bilanzseiten aus und zeigt einen Einnahmenüberschuß von 417 Mill. Forint.

Unter Berücksichtigung der Kriegsschäden, die das Staatsvermögen um 40 % schmälerten, sowie des verminderten Steueraufkommens einerseits und des beachtlichen Investitionsbedarfs andererseits muß die veranschlagte staatliche Finanzgebarung für das Jahr 1946/47 als äußerst vorsichtig und der wirtschaftlichen Lage angepaßt bezeichnet werden.

Ein Vergleich des Stabilisierungsbudgets mit dem Budgetplan 1938/39 zeigt bedeutende Veränderungen in der Ausgabegebarung (siehe Übersicht 2). Die Ausgaben für Personalbezüge und Ruhegehälter wurden durch umfangreiche Beamtenentlassungen, Streichung von Ruhegehältern sowie durch die relativ geringe Erhöhung der Beamtengehälter stark vermindert. Während im Vergleichsjahr 51,8 % auf Personalausgaben entfielen, sind es im gegenwärtigen Plan nur noch 39,9 % bzw. 29,4 %, wenn man die Reparationen in die Ausgangsbasis einbezieht. Dafür wurden die Sachausgaben und Investitionen als Folge der Verstaatlichung und des Wiederaufbaues beträchtlich erhöht und nehmen 60,1 % der Gesamtausgaben ein. Der Hauptanteil entfällt auf Transport, Industrie und Landwirtschaft. Nicht uninteressant sind die Anteilssätze für Polizei und Wehrmacht mit 4,23 % bzw. 2,51 %.

**Ausgaben im ungarischen Staatshaushalt 1946/47
im Vergleich zu 1938/39 Übersicht 2**

Ar. der Ausgaben	1938/39 ¹⁾		1946/47 ²⁾		1946/47 ³⁾	
	1000 Pengö	%	1000 Forint	%	1000 Forint	%
Personalbezüge	424.373	31,8	917.669	20,8	917.966	28,2
Ruhegehälter	267.151	20,0	379.748	8,6	379.748	11,7
Sach- und transitorische Ausgaben	547.963	41,1	2.867.707	64,9	1.700.207	2,3
Investitionen	44.583	3,3	253.661	5,7	253.661	7,8
Staatsschulden	50.779	3,8	1.900	0,0	1.900	0,0
	1.354.869	100,0	4.420.687	100,0	3.253.185	100,0

¹⁾ Ungarisches Institut für Wirtschaftsforschung, Heft 6, 1944.

²⁾ Einschließlich Reparationszahlungen.

³⁾ Ohne Reparationszahlungen.

Die Staatseinnahmen wurden anfänglich durch den Aufwertungsgewinn von 270 Mill. Forint, den Gewinn der Münzprägungsanstalt (90 Mill. Forint), den Erlös aus den verkauften UNRRA-Waren und den Einkünften aus der Liquidation des amerikani-

sches Heeresgutes im Rahmen des 15-Mill.-Dollar-Kredits wesentlich vermehrt. Das Steueraufkommen nimmt rund 50 % der Gesamteinnahmen des Verwaltungsbudgets ein. Die Belastung der Wirtschaft durch Steuern und Abgaben ist ohne Zweifel sehr groß und wirkt sich vielfach auch produktionshemmend aus. Sie ist jedoch angesichts der Reparationsbelastung sowie der finanziellen Anforderungen des Dreijahresplanes unvermeidlich, wenn nicht durch eine ständige Defizitwirtschaft die neue Währung gefährdet werden soll.

Höhere Reparationsleistungen (statt 967,5 Mill. Forint 1436 Mill. Forint) insbesondere Erhöhung der vorgesehenen Besatzungskosten zufolge verspäteter Ratifizierung des Friedensvertrages, nicht vorgesehene Außenhandelssubventionen, vermehrte Sach- und transitorische Aufwendungen steigerten die Ausgaben um rund 1 Mrd. Forint. Der Ausgleich konnte durch erhöhtes Steueraufkommen und Gewinne der Monopolbetriebe erreicht werden. Dies günstige Bild der Schlußrechnung überrascht um so mehr, als noch im Juni 1947 Wirtschaftsberichte der Budapester Banken mit einem Staatsdefizit von 700 Mill. Forint rechneten.

Mit der Ordnung des Lohn- und Preisgebäudes im weitesten Sinne sowie des Staatshaushaltes waren wichtige Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Wirtschaftsverhältnisse gegeben. Die Rückgabe des ungarischen Goldschatzes (32 Mill. Dollar) durch das amerikanische Element erlaubte eine, wenn auch nur formale Rückkehr zur Golddeckung. Die umlaufende Notenmenge ist zu durchschnittlich 25 bis 30 % durch Gold gedeckt. Gerade dieses Moment hat im Verein mit der außerordentlich vorsichtigen Notenemission wesentlich zu dem Vertrauen, das die Bevölkerung dem Forint entgegenbrachte, beigetragen. In wenigen Tagen nach der Stabilisierung erschienen die gehorteten Waren auf dem Markt, verschwanden der Schleichhandel und die inflationistisch aufgeblähte Kaufkraft des Dollars. Durch Auslandsbezüge, die u. a. mit den Einnahmen aus der Valutenabgabe finanziert wurden, versuchte die Regierung den Markt weiter mit Waren zu versorgen und — unterstützt durch eine rigorose Deflationspolitik mit all ihren Schatten-seiten — jede neue Inflationsgefahr zu bannen.

Die Bedeutung der ungarischen Währungsreform liegt aber nicht allein in der Ordnung der Geldverhältnisse und der damit verbundenen Stabilisierung der Wirtschaft. Hinter den rein währungspolitischen Maßnahmen zeichnete sich in der Folgezeit immer stärker ein wirtschafts- und sozialpolitisches Konzept ab, zu dem die Währungsreform nur die technische Startbahn bildete.

Im Mittelpunkt dieses Konzeptes stehen vor allem zwei Maßnahmen mit weitreichenden, das gesamte Wirtschafts- und Sozialgefüge umgestaltenden Wirkungen: Erstens die neue Einkommensverteilung und zweitens der Übergang zur zentralistischen Wirtschaftsplanung. Beide wurden in die Reform geschickt eingebaut und erweisen sich nunmehr immer stärker als die maßgebenden soziologischen und wirtschaftspolitischen Formungskräfte. Mit der Nivellierung der Einkommenschichtung wird — unterstützt durch Bodenreform und Verstaatlichung — die alte Gesellschaftsordnung unter-

stützt durch Bodenreform und Verstaatlichung — die alte Gesellschaftsordnung unter-

höhlt und eine Gesellschaftsstruktur geschaffen, die weniger differenziert ist und damit eine Mentalität aufweist, wie sie für die Verwirklichung der bei den bestimmenden Staatsorganen vorherrschenden Wirtschaftsgesinnung notwendig ist.

Die Ansätze zu einer weitgehenden Wirtschaftsplanung, die sich im Zusammenhang mit der Durchführung der Währungsreform als notwendig erwiesen, verdichteten sich am 1. August 1947 zu einer umfassenden Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild. Mochten die ungarischen Planungsmethoden im Rahmen des Dreijahresplanes vor der Ablehnung des „Marshall-Planes“ noch einen eigenständigen Charakter aufweisen, so führt der „Molotow-Plan“ und das Außenhandelsabkommen mit Moskau zwangsläufig auch im formalen Aufbau zu einer Angleichung an das sowjetrussische Vorbild. Denn jede Großraumwirtschaft drängt zur Ausschaltung heterogener Bestandteile und zur Anpassung an die Führungsmacht des Großraumes. Handelt es sich dabei um eine Planwirtschaft nach sowjetischem Muster, so bedingt dies auch eine möglichst vollkommene Koordinierung der wirtschaftspolitischen Details. Mag diese jüngste Entwicklung bei den Initiatoren des Währungsplanes auch nicht Allgemeinut gewesen sein, so besteht doch andererseits kein Zweifel, daß die oben angeführten einschneidenden Maßnahmen die Grundlagen zur gegenwärtigen Situation bilden. So wird die Währungsreform zur Cäsur in der ungarischen Wirtschaftsentwicklung der Nachkriegszeit, und zwar in evolutionärer und revolutionärer Hinsicht, wobei auf letzterer der Akzent ruht. Die weitere Entwicklung war und ist nur eine logische Folgerung der am 1. September 1946 festgelegten wirtschaftspolitischen Rahmenbestimmungen.

Vorsichtige Geld- und Kreditpolitik

Die staatliche Überwachung des Geld- und Kreditwesens ist eine der wichtigsten Lenkungsmaßnahmen jeder Planwirtschaft. Die ungarische Währungsreform sah daher auch in dieser Hinsicht weitgehende Eingriffe in den Kreditapparat vor, die mit der Unterstellung der Nationalbank unter die Aufsicht des Finanzministers begannen und schließlich bis zur Verstaatlichung der Großbanken führten¹⁾. Durch die starke Abhängigkeit der unga-

rischen Industrie vom Finanzkapital — nahezu 80% der Industrie werden durch Banken kontrolliert, unter Berücksichtigung, daß zum Kontrollbereich der unter Staatsaufsicht gestellten Geldinstitute auch alle jene Unternehmungen gehören, deren Aktien zu 20% im Besitz der Bank sind — besitzt heute der Staat allein durch die Kreditverflechtung nahezu unbeschränkte Lenkungsmöglichkeiten. Eine vorgesehene weitestgehende Spezialisierung der Finanzinstitute wird zu weiteren Fusionierungen²⁾ führen und damit eine zweckmäßige Lenkung und eine engmaschige Kontrolle der Wirtschaft ermöglichen.

Die mit der Währungsreform eingeschlagene deflationistische Geldpolitik erlaubt nur eine sehr vorsichtige Kreditgewährung bei einem stark eingeschränkten Kreditrahmen. Nur auf Grund sorgfältiger Auswahl seitens eines interministeriellen Rates werden große und langfristige Kredite gegeben, wobei es sich meist um Spezialkredite handelt, wie Außenhandelsfinanzierung, Fabriksausrüstung und Reparationen. Der oberste Wirtschaftsrat setzt den jeweiligen Kreditumfang fest, der dann nach einem Prioritätssystem aufgeteilt wird, wobei die Staatsunternehmungen den Vorrang haben. Der Verlust an liquiden Reserven bei Großbanken und Sparkassen durch die Inflation machte die Banken von der Rediskontmöglichkeit bei der Nationalbank abhängig, so daß diese eine vollkommene Kontrolle ausübt. Der Depositenstand (siehe Übersicht 3) nahm nur langsam zu. Im März 1947 betragen die Spareinlagen erst 10,8% und die Kontokorrenteinlagen erst 34,8% des Notenumlaufes gegenüber 143% bzw. 185,2% Ende 1937. Die zeitweiligen Restriktionen der Nationalbank durch Beschränkung des Rediskonts, Abberufung des Wechselkreditess, Aufhebung des Lombards schränkten den kurzfristigen Handelskredit stark ein. Die Erhöhung der Bankdepositen von 276 Mill. Forint im Jänner 1947 auf 480 Mill. Forint im Juni 1947 verbesserte die Position der Banken nur unwesentlich. Die Schwäche des Kreditsystems blieb jedoch bestehen, da nur 25% des Zuwachses auf Sparkonten entfielen und außerdem 93% der Depositen

die Innerstädtische Sparkasse. Die restlichen 6 Banken wurden unter Staatsaufsicht gestellt und erhielten einen Regierungskommissar, der ein unbeschränktes Vetorecht gegen alle Entscheidungen der Bankleitung hat und dessen Einwilligung für Kredite über 100.000 Gulden erforderlich ist.

¹⁾ Von den 13 Banken der ersten Kurie der Geldinstitutszentrale wurden folgende 7 verstaatlicht: Ungarische Allgemeine Kreditbank, Pester Ungarische Commerzialbank, Ungarische Diskontbank, Britisch-Ungarische Bank, Bank des Donaubeckens, I. Pester Vaterländische Sparkasse und

²⁾ Im Juli 1947 fusionierte die Erste Pester Vaterländische Sparkasse mit dem Nationalen Kreditinstitut, nachdem sie sich wenige Monate vorher die Vaterländische Bank einverleibt hatte. Ferner fusionierte die Allgemeine Kreditanstalt mit der Zentralen Sparkasse.

bei den Budapester Großbanken liegen, so daß besonders die Lage der Provinzbanken nach wie vor äußerst schwierig ist.

Notenumlauf, Depositen und Kredit nach der
Stabilisierung. Übersicht 3

Zeit ¹⁾	Nationalbank		Budap. Banken u. Postspark.			
	Notenumlauf	Gold und Devisen ²⁾	Wechselbestand	Spar-guthaben	Kontokorrent	Wechsel u. Kontokorrent-kredit ³⁾
in Millionen Forint						
1938 ⁴⁾	863·4	—	—	685·5	747·7	—
1946 VIII.	385·2	—	74·3	12·2	65·1	99·3
XII.	1.030·2	338·5	495·4	64·5	330·1	687·7
1947 I.	1.230·6	412·8	510·8	96·7	458·9	818·5
IV.	1.318·2	447·8	576·7	131·2	405·1	904·7
V.	1.476·2	493·7	665·5	159·6	512·0	980·3
VI.	1.546·6	512·5	749·4	166·6	528·8	1.054·7
VII.	1.682·2	501·5	920·5	202·7	515·7	1.154·4
VIII.	1.855·8	465·7	1.178·0	206·7	606·8	1.347·2
IX.	1.939·1	485·6	1.291·3	·	·	·

¹⁾ Monatsende. — ²⁾ davon Gold im Sept. 1947: 393·1 Mill. Forint. —
³⁾ davon Rediskont bei der Nationalbank siehe Spalte „Wechselbestand“. — ⁴⁾ Mill. Pengö.

Entsprechend der deflationistischen Geldpolitik werden die Zinssätze hoch gehalten¹⁾, um einerseits die Nachfrage nach Geldkapital möglichst einzuschränken und andererseits den Sparwillen anzuregen. Durch die hohen Zinssätze ist wohl ein Anreiz gegeben, bestehende Notenhorte in Spareinlagen umzuwandeln. Es ist jedoch angesichts der niedrigen und weitgehend nivellierten Realeinkommen unwahrscheinlich, daß damit auch die Sparneigung der Bevölkerung maßgebend beeinflusst wurde, die für die mögliche Investitionstätigkeit ohne inflatorische Nebenwirkungen entscheidend ist.

Die vorsichtige Kreditgebarung bringt auch der Nationalbankausweis zum Ausdruck, wonach bis Ende Juli 1947 920·5 Mill. Forint Wechselkredite gegeben wurden, und zwar entfielen auf

Industrie . . .	505·44 Mill. Forint oder 54·9%
Außenhandel . . .	204·35 „ „ „ 22·2%
Landwirtschaft u. Ernährung	177·89 „ „ „ 19·3%
Handel	15·17 „ „ „ 1·7%
Anderer Kredit	3·95 „ „ „ 0·4%

Der Staat erhielt einen Betriebskredit von 300 Mill. Forint, der zusammen mit weiteren 42·07 Mill. Forint Schatzscheinen in eine mittelfristige Staatsschuld umgewandelt wurde.

Nach und nach wurde die strenge Deflationspolitik etwas gelockert. Der Geldmarkt wurde ver-

¹⁾ Bankrate: 7%

	auf Sicht	15 Tage	45 Tage	90 Tage
Sparkonten	3%	4%	5%	7%
Kontokorrent	1%	—	4·5%	6·5%

Die Zinssätze gelten für Banken der I. Kurie.

flüssigt und die zirkulierende Notenmenge, für die ursprünglich 1 Mrd. Forint als Höchstgrenze festgelegt wurde, auf 1·6 Mrd. Forint erhöht, wovon der größte Teil zur Deckung der Staatsausgaben diente. Ebenso wurden die Bankkredite von Jänner bis Juni 1947 von 660 Mill. Forint auf 970 Mill. Forint erweitert, von denen 225 bzw. 365 Mill. Forint aus eigenen Bankmitteln gegeben wurden. Inflationistische Voraussagen haben sich jedoch als abwegig erwiesen und waren angesichts der Auffüllung der Warenmärkte unbegründet. Abgesehen von dem hohen Gold- und Devisenbestand, der immer noch 33·3% der Notenmenge plus nichtstaatliche Giro Guthaben deckt (gesetzliche Deckungsvorschrift 25%), verhindert auch die durchgängige Preis- und Lohnkontrolle selbst bei einer weiteren Geldschöpfung eine Inflation. Allerdings würde eine weitere Geldvermehrung die Geldknappheit, die das wirksamste Mittel gegen eine inflationistische Entwicklung war, beseitigen und das Schwergewicht der Stabilhaltung der Währung auf die Lohn- und Preiskontrolle verschieben.

Ohne Zweifel wird der ungarische Geld- und Kapitalmarkt auch weiterhin sehr angespannt bleiben. Der Finanzierung des Dreijahresplanes stehen zufolge der Kapitalarmut beachtliche Schwierigkeiten gegenüber. Wenn es nicht gelingt, langfristige ausländische Warenkredite zu erhalten, so dürften die der Bevölkerung aufzulegenden Opfer sehr groß werden und die vorgesehene Steigerung des Lebensstandards weiter hinausschieben (siehe Seite 11). Denn der veranschlagte Kapitalbedarf von rund 6·5 Mrd. Forint — zuzüglich 5 Mrd. Forint, die zur Auffüllung der Warenlager auf den Stand von 1938 benötigt werden, — würde bedeuten, daß jährlich rund ein Sechstel des geschätzten Nationaleinkommens in der Höhe von 12 Mrd. Forint für Investitionen bereitgestellt werden muß²⁾. Da die Investitionen in überwiegender Maße in konsumfernen Produktionsstufen (Bergbau, Hüttenwirtschaft, Verkehr, Elektrifizierung) und zur Erzeugung von festem Kapital

²⁾ Bei einem Vergleich mit der ČSR., wo 20% des Nationaleinkommens für den Dreijahresplan verwendet werden sollen, muß die wesentlich höhere Finanz- und Kapitalkraft der ČSR. berücksichtigt werden.

Nach dem Finanzplan erwartet die Regierung im Laufe der drei Jahre folgende Steigerung der einzelnen Geld- und Kapitalposten:

Bankdepositen um	2400 Mill. Forint
Privatinvestitionen um	760 „ „
Notenumlauf um	1150 „ „
Steueraufkommen um	1620 „ „
Inlandsanleihe	900 „ „

erfolgen sollen, wird die Reproduktionsdauer des eingesetzten Kapitals sehr lang sein.

Zufolge der jüngsten politischen Entwicklung wird angelsächsisches Kapital nur in beschränktem Umfang zur Verfügung stehen. Die ungarische Regierung hat sich daher auch zu einer Teilfinanzierung mittels einer Vermögensabgabe und Vermögenszuwachsabgabe¹⁾, wie sie bereits beim Fünfjahresplan von 1938 in Anwendung kamen, entschlossen. Da eine aufgegliederte Steuerstatistik nicht vorliegt, lassen sich über das Gesamtaufkommen keine Angaben machen. Schätzungsweise dürfte es sich auf 1,5 bis 2 Mrd. Forint belaufen. Aber selbst die Realisierung dieser Summe stellt an den Kreditapparat hohe Anforderungen. Keinesfalls reichen die vorhandenen echten und damit liquiden Ersparnisse sowie das Steueraufkommen aus, um die hohen Anforderungen, die der Staat für Vermögensabgabe und laufende Finanzierungen in Anspruch zu nehmen wünscht, zu decken. Man wird also neue Kreditoperationen vornehmen müssen, um den erforderlichen Grad von Liquidität zu sichern und den Banken die Aufbringung des notwendigen Geldkapitals zu ermöglichen.

Wenn auch die Finanzierungsfrage der heikelste Punkt in der ungarischen Wirtschaftsplanung ist und den Geld- und Kapitalmarkt einer schweren Belastungsprobe aussetzt, so sind doch im Rahmen der Planwirtschaft die Gestaltungsmöglichkeiten reichhaltig genug, auch ohne Inflationsgefahr den Geld- und Kapitalbedarf zu befriedigen.

Löhne und Preise

Das Lohn- und Preisgefüge, das mit der Währungsstabilisierung eingeführt wurde, erwies sich bereits kurz nach der Reform — wie man es auch von den verantwortlichen Staatsstellen vorausgesehen hatte — als korrekturbedürftig. Die theoretisch errechneten Relationen konnten nur eine Ausgangsbasis bilden, von der aus Preise und Löhne

¹⁾ Zur Zahlung der einmaligen Vermögensabgabe sind alle natürlichen und Rechtspersonen sowie Vermögensgemeinschaften, deren reines Vermögen am 1. Jänner 1947 mindestens 75.000 Forint erreichte, verpflichtet. Der Abgabenschlüssel für natürliche und juristische Personen steigt von 6,5% der Bemessungsgrundlage bis auf 25% (Vermögen über eine Million), während sich für Unternehmungen, die der Gesellschaftssteuer unterliegen, die Sätze zwischen 10 bis 25% bewegen. Die Vermögenszuwachsabgabe muß von allen jenen entrichtet werden, deren Grundvermögen in der Zeit vom 31. Dezember 1939 bis 1. Jänner 1947 einen Zuwachs von mindestens 50.000 Gulden aufweist. Die Umrechnung von Pengö in Gulden hat im Verhältnis von 1:4 zu erfolgen.

allmählich den tatsächlichen Wirtschaftsverhältnissen angepaßt werden mußten.

Seit der Stabilisierung zeigten Löhne und Preise eine ständige Aufwärtsbewegung, die vor allem ab Februar 1947 im Preissektor stärkere Ausmaße annahm. Das Realeinkommen hat sich generell nicht erhöht, wie eine Gegenüberstellung von Lebenshaltungskosten und Lohnniveau zeigt (siehe Übersicht 4). In den Monaten Mai und Juni 1947 ist sogar infolge der Steigerung einiger Nahrungsmittel- und Textilpreise eine Senkung des Realeinkommens feststellbar. Mit der neuen Lohn- und Gehaltserhöhung ab 1. August 1947 um durchschnittlich 20% wurde jedoch wieder ein gewisser Ausgleich herbeigeführt.

Lebenshaltungskostenindex in Ungarn
Übersicht 4

Zeit	Gesamtindex	davon			
		Nahrungsmittel	Kleidung	Heizung und Beleuchtung	Miete
1.—23. VIII. 1946 = 100					
1946 XII.	107,9	116,5	102,8	95,0	91,0
1947 I.	121,0	139,0	107,9	95,0	91,0
IV.	125,9	146,7	109,6	96,0	93,9
V.	124,2	141,2	122,3	96,0	93,9
VI.	139,0	167,8	122,3	96,0	93,9
VII.	113,1	121,4	122,3	96,0	93,9
VIII.	111,9	121,7	118,2	96,0	85,9
IX.	120,1	135,6	123,5	96,0	85,9

Was die Preise betrifft, waren in den Monaten September bis November 1946 starke Auftriebstendenzen vorhanden, die jedoch von der Nationalbank durch eine rigorose Kreditrestriktion abgestoppt wurden. Im Dezember erfolgten sogar Preisenkungen für Kohle, Gas, Strom, ferner Fleisch, Fett, pflanzliche Öle und Butter von 10 bis 20%. Die Lebensmittelpreise wurden nur dort gesenkt, wo es sich herausstellte, daß bei der Stabilisierung ein zu hoher Multiplikationsfaktor gegenüber 1939 gewählt wurde²⁾.

Ab Februar 1947 setzten neue Preissteigerungen ein, die den Großhandelsindex (siehe Übersicht 5) bis Ende Juli um 20 Punkte auf 122,6 steigen ließen. So wurden die Preise einiger pflanzlicher Produkte, insbesondere Gartenbauerzeugnisse, erhöht, während die Preise tierischer Produkte un-

²⁾ Multiplikationsfaktor für einige Lebensmittel (Konsumentenpreise) am 1. August 1946:

Brot	2,8	Speck	5,7
Kartoffeln	3,6	Butter	7,9
Bohnen	2,7	Milch	6,7
Zucker	7,2	Eier	3,8
Kochöl	4,3	Zigaretten	3,3

verändert auf dem Stand vom Dezember 1946 blieben. Im industriellen Bereich beschränkte sich der Preisanstieg fast ausschließlich auf Textilien (infolge verteuerter Rohstoffimporte), während Eisen, Buntmetalle und heimische Textilrohstoffe sogar im Preise leicht nachließen. Schaltet man in beiden Sektoren Saisoneinflüsse aus, so bleibt bei den Agrarpreisen ein aufwärtssteigender und bei den Industriepreisen ein gleichbleibender Trend als Charakteristikum bestehen. Die Agrarschere wird daher durch allmähliches Nachziehen der landwirtschaftlichen Preise geschlossen. Die damit gehobene Gesamtpreisebene wirkt sich zwangsläufig auf Geldumlauf und Kreditgebarung aus.

Großhandelspreisindex in Ungarn

Übersicht 5

Zeit	Gesamtindex	davon		
		Pflanzl. und tierische Produkte	Landwirtsch. Industrieprodukte	Andere Industrieprodukte
31. VIII. 1946 = 100				
1946 XII.	98·7	97·9	96·4	99·8
1947 I.	108·3	122·1	96·4	102·6
IV.	110·0	126·7	96·4	103·3
V.	120·1	148·2	96·4	108·8
VI.	122·6	155·8	96·4	108·8
VII.	125·8	162·7	102·2	109·9
VIII.	129·6	173·3	102·9	109·8
IX.	131·3	173·3	104·2	112·9

Das Preisbildungsverfahren, das Mindest- und Höchstpreise vorsieht, erstreckt sich auf nahezu alle Güter und Dienstleistungen, die wirtschaftlichen Charakter tragen. Die Überwachung obliegt einem permanenten Preiskontrollamt. Für eine Reihe von Konsumgütern bediente man sich anfänglich auch des zweiten Marktes, wo jedoch ebenfalls Höchstpreise verordnet wurden. (So z. B. für Zucker statt 7·60 Forint 11·40 Forint per Kilogramm; Fett 7·60 bzw. 11·40.) Jedoch zeigte die Erfahrung, daß bei ungenügenden Höchstpreisen für den zweiten Markt die Produkte in den schwarzen Markt abflossen, so daß man zu verschärften Ablieferungskontrollen greifen mußte. Da man das Rationierungssystem allmählich aufhob und im Lebensmittelbereich nur noch Mehl, Zucker und Brot mit Mindestmengen rationiert sind — daneben besteht ein offizieller zweiter Markt für diese Produkte —, unterliegt die Preisbildung weitestgehend dem Angebot- und Nachfrageverhältnis. Bei zunehmender Marktbefahrung im Nahrungsmittelbereich wird sich daher die Preisbildung auf Mindestpreise beschränken.

Auch der Dreijahresplan sieht zwei Märkte mit verschiedenen Preisen vor. Neben dem freien Markt, auf dem allerdings auch Höchstpreise festgelegt werden, besteht noch ein bewirtschafteter Markt,

der bestimmte Berufskategorien mit einer Reihe von lebensnotwendigen Bedarfsgütern zu ermäßigten Preisen beliefern soll.

Die bewegliche Preispolitik hat sich durchaus bewährt, den Schleichhandel stark zurückgedrängt und die Ware auf den Markt gebracht. Voraussetzung war jedoch ein gewisses Mindestangebot an industriellen und Agrargütern, die jedem einen Anteil am Sozialprodukt sicherten. Die Regierung hat daher wiederholt durch Importe, Sperrung von Exporten und Einführung zwangsmäßiger Typenproduktion (Schuhe und Kleidung) das Angebot auf der notwendigen Höhe gehalten. Nur im Zusammenhang mit einer Planung auf industriellem Gebiet und einer lückenlosen Außenhandelskontrolle war daher die beschriebene Preispolitik möglich.

Die Entwicklung der Löhne hielt mit den Preisen allgemein Schritt. Wie bereits ausgeführt, wurde im August 1946 — entsprechend der verminderten Arbeitsproduktivität und den bestehenden Reparationsverpflichtungen — das Realeinkommen auf 50% gegenüber 1938 festgesetzt. Die Kollektivverträge, die zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden abgeschlossen wurden, sahen für die Industrie fünf branchenbedingte Leistungsgruppen vor, die wiederum in Arbeitskategorien aufgegliedert wurden. An Stelle des Stundenlohnes trat im Laufe der Monate der Akkordlohn in den Vordergrund, und zwar Einzel- wie Gruppenakkord, wodurch eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität erreicht wurde. Die klaffende Preis-Lohn-Schere, die zur Zeit der Stabilisierung bestand, erfuhr eine gewisse Milderung durch Lohnerhöhungen im November 1946, März und August 1947 um durchschnittlich 25 bis 30%. Gemäß den neuen Kollektivverträgen erhalten ab 1. Oktober Facharbeiter einen Stundenlohn von 1·30 bis 2·62 Forint, gelernte Arbeiter von 1·12 bis 1·65 und Hilfsarbeiter von 1— bis 1·45 Forint. Für Industrieangestellte wurde

Durchschnittliche Löhne in Ungarn im Februar 1947¹⁾

Übersicht 6

Industriezweig	Akkordlohn	allgemeiner Lohn	Akkordlohn	allgemeiner Lohn	Prozentualer Anteil des Akkordlohnes am Gesamtlohn im Februar 1947
	Oktober 1946		Februar 1947		
	Füller pro Stunde				
Gesamtindustrie	157	113	178	124	87·9
Eisen-, Metall- und Maschinenind.	163	109	191	116	72·5
Textilindustrie	130	107	152	137	82·0
Nahrungsmittelindustrie	167	101	174	122	19·4
Chemische Ind.	147	112	189	135	24·0

¹⁾ Monatsberichte der Ungarischen Nationalbank, Jän./Feb. 1947.

ein Monatslohn von 227 bis 1000 Forint festgelegt. Überschußlöhne bzw. -gehälter werden im Falle besonderer Fachkenntnisse gewährt.

Das wichtigste Merkmal der neuen Lohnpolitik ist die *Nivellierung* der Einkommen, indem man einerseits Höchstsätze festlegte und andererseits die Angestellten- und Beamtengehälter gegenüber den Löhnen benachteiligte. So wurde im Februar 1947 das Höchstgehalt eines Staatsangestellten mit 1.350 Forint festgesetzt, während die durchschnittliche Gehaltshöhe bei 500 Forint lag; die Arbeitslöhne stiegen teilweise darüber¹⁾. Dies gilt sowohl für den staatlichen als auch den privaten Sektor. Damit wird eine Abwanderung aus den überbesetzten Angestellten- und Beamtenberufen begünstigt. Allerdings müssen auch ungünstige Rückwirkungen auf die Leistung erwartet werden, was insbesondere bei einer geplanten Wirtschaft ins Gewicht fällt, die einen geschulten und leistungsfähigen Verwaltungsapparat benötigt. Die soziologischen Auswirkungen wurden bereits weiter oben gestreift.

Zusammenfassend ergibt sich, daß das Realeinkommen noch weit vom Lebensstandard der Vorkriegsjahre entfernt ist und gegenwärtig im Durchschnitt etwa zwischen 50 und 70% der Vorkriegszeit liegt. Miete und Nahrungsaufwand nehmen noch den überwiegenden Teil des Einkommens in Anspruch, so daß für Bekleidung und Genußmittel sowie kulturelle Bedürfnisse nur ein geringer Betrag zur Verfügung steht. Das im Dreijahresplan u. a. gesteckte Ziel, den Lebensstandard über das Vorkriegsniveau hinaus zu heben, wird nur bei einer günstigen binnen- und weltwirtschaftlichen Konstellation erreicht werden. Ein Vergleich der gegenwärtigen Lebensverhältnisse in Ungarn mit jenen Österreichs fällt allerdings zugunsten Ungarns aus. Nicht nur die Ernährungslage, sondern auch die Versorgung mit industriellen Verbrauchsgütern ist zur Zeit in Ungarn bedeutend besser als in Österreich.

Die Landwirtschaft

Die Bodenreform und ihre Folgen

Maßgebend für die zweite Bodenreform²⁾ waren in erster Linie sozialpolitische Forderungen, wie

¹⁾ Nach den Bestimmungen des Dreijahresplanes darf für die Laufzeit des Planes der auszuzahlende Gehaltsbetrag 3000 Forint monatlich nicht überschreiten. Der Überschuß wird vom Staat in Form einer Zwangsanleihe in Anspruch genommen.

²⁾ Die erste Bodenreform wurde nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie durchgeführt. Zu unterscheiden sind:

a) Das Bodenreformgesetz von 1920. Es brachte

Korrektur der herrschenden Agrarbesitzverteilung (siehe Übersicht 7), Beseitigung des hohen Anteils der Unselbständigen an der Zahl der landwirtschaftlich Erwerbstätigen³⁾ und Hebung des niedrigen Lebensstandards der ländlichen Bevölkerung.

Betriebsgrößenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe in Ungarn vor und nach der Bodenreform¹⁾

Übersicht 7

Betriebsfläche Katastraljoch ²⁾	Zahl der Betriebe in 1000		Ackerland in 1000 K.-J.		Durchschnittliche Ackerfläche in K.-J.	
	1935	1945	1935	1945	1935	1945
0 — 5	1.043	1.317	1.019	2.256	0'97	1'72
5 — 20	359	590	2.956	4.312	8'5	7'3
20 — 50	86	84	1.997	1.980	23'2	23'7
50 — 100	16	20	740	1.290	46'3	64'3
100 und mehr	13	4	3.951	524	234'7	131'0
Gesamt	1.517	2.015	9.763	10.362	6'4	5'1

¹⁾ Ungarisches Institut für Wirtschaftsforschung, Heft 29, 1947.
²⁾ Ein Katastraljoch = 0'575 ha.

Die gleichen sozialpolitischen Forderungen wurden in Ungarn bereits nach dem ersten Weltkrieg erhoben. Dennoch wurde die erste Bodenreform in Ungarn im Jahre 1920 nicht in gleichem Umfang wie in den übrigen Südoststaaten durchgeführt; politische Rücksichten, aber auch schwerwiegende produktionswirtschaftliche Gründe standen einer radikalen Aufteilung des Großgrundbesitzes im

600.000 ha an 410.000 Landlose und Zwergbesitzer zur Verteilung. Der Erfolg war jedoch nicht zufriedenstellend, da die landwirtschaftliche Arbeit bietenden Gebiete des größeren Grundbesitzes stärker vermindert wurden, als die Zahl der Landarbeiter anwuchs.

b) Das Fideikommißgesetz und das Siedlungsgesetz von 1936. Ersteres sollte das landwirtschaftliche Areal der Fideikommisse um 50% vermindern (138.000 ha), letzteres 330.000 ha in 25 Jahren mobilisieren.

c) Das Kleinpachtungsgesetz von 1939. Durch dieses Gesetz sollten insgesamt 1 Mill. ha landwirtschaftliche Flächen in Anspruch genommen und davon jährlich mindestens 60.000 ha in Kleinpachtungen übernommen werden. Nach rund 16 Jahren wären 75% des Ackerareals in den Händen von Kleinbesitzern gewesen, wobei das Gesetz unter Kleinbesitz lebensfähige Wirtschaften verstand, die den Besitzer und seine Familie zu erhalten vermögen. Der langfristige Charakter sollte eine allmähliche produktionswirtschaftliche Umstellung erlauben und dadurch Schäden, wie sie bei einem „Sofortprogramm“ auftreten müssen, vermeiden.

³⁾ Im Jahre 1941 betrug der Anteil der Unselbständigen an der Gesamtzahl der landwirtschaftlich Erwerbstätigen:

Landwirtschaftliche Arbeiter, Tagelöhner und Gesinde . . .	35'5%
Zwergbesitzer bis 1 Katastraljoch	6'1%
Besitzer von 1 bis 5 Katastraljoch	22'4%
	64'0%

Aus: Magyar Statistikai Szemle, Heft 1/2, 1947.

Wege. Ohne den Großgrundbesitz zu beseitigen, wurde damals Zwerg- und Kleinbesitz geschaffen, der bei rückständiger Betriebsweise nicht lebensfähig ist und für die Marktproduktion vollkommen ausfällt. Eine grundsätzliche Umstellung oder Lenkung der Produktionsrichtung erfolgte nicht. Bei den marktentscheidenden Großbetrieben blieben infolge einseitiger Einstellung auf Körnerbau und — im Vergleich zu den westlichen Staaten — extensiver Betriebsweise die Hektarerträge und Qualität der Erzeugung unter dem europäischen Durchschnitt. Dies wiederum führte zu besonderer Krisenempfindlichkeit der Landwirtschaft und entsprechenden Rückwirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft. Das Preis-Kosten-Problem blieb ebenso wie die soziale Frage ungeföst.

In Erkenntnis der Mängel der Bodenreform von 1920 sollte die zweite Bodenreform in erster Linie den Klein- und Mittelbesitz stärken. So wurde auch Besitzern von 1 Katastraljoch weiterer Boden zugeweiht, während die Höchstgrenze für Grundbesitz grundsätzlich auf 100 Joch festgesetzt und nur in wenigen Ausnahmefällen überschritten wurde¹⁾.

Insgesamt erfaßte die zweite Bodenreform 5,6 Mill. Katastraljoch²⁾, das entspricht rund einem Drittel der Landesfläche. Dieses Land wurde an 642.000 Personen verteilt, wovon ungefähr die Hälfte Neusiedler sind (Übersicht 8). Die Mehrzahl der Betriebe liegt unter 50 Joch; vorherrschend sind Betriebsgrößen zwischen 5 und 20 Joch.

Die neuen Landbesitzer in Ungarn nach Berufsklassen)¹⁾ Übersicht 8

Berufsklassen	Zahl	Verteiltes Land	
		insgesamt	pro Kopf in Katastraljoch
Gesinde	109.875	922.255	8,4
Landarbeiter	261.088	1.288.463	4,9
Zwergbesitzer	213.930	829.477	3,9
Kleinbesitzer	32.865	143.331	4,4
Lohnarbeiter	22.164	53.866	2,4
Diplomlandwirte	1.256	14.548	11,6
Forstarbeiter	1.164	6.998	6,0
Gesamt	642.342	3.258.738	5,1

¹⁾ Gazdaságstatiszikaí Tajakoztató, Nr. 2, 1947.

Trotz durchschnittlicher Erhöhung der Betriebsflächen in der Kategorie unter 5 Joch bleibt der An-

¹⁾ Besitzer von 1000 Katastraljoch und darüber wurden zur Gänze enteignet, während alle anderen bis zu 100 Katastraljoch behalten durften. Die Entschädigung wurde mit dem zwanzigfachen Preis des Katastraleinkommens festgelegt.

²⁾ Der größte Teil (58% bzw. 3,26 Mill. Katastraljoch) des zur Bodenreform herangezogenen Bodens stammt von Privatpersonen. Weitere größere Flächen wurden durch die Aufteilung öffentlicher Forste (1,46 Mill. Katastraljoch) und öffentlicher Weiden (0,42 Mill. Katastraljoch) gewonnen.

teil des Zwergbesitzes unverhältnismäßig hoch. Die Eigentümer dieser Wirtschaften sind erfahrungsgemäß auf Nebenverdienst angewiesen, den sie in der Industrie, im Handwerk oder in der Landwirtschaft selbst suchen müssen. Der Bedarf an Hilfskräften in der Landwirtschaft ist jedoch als sekundäre Folge der Bodenreform gesunken. Die flächenmäßig überwiegenden Klein- und Mittelbetriebe (durchschnittliche Betriebsgröße 7 Katastraljoch) können im allgemeinen vom Bauern und dessen Familie allein bewirtschaftet werden, während sich die größeren Bauernwirtschaften und Güter, die früher fremde Hilfskräfte brauchten, zahlen- oder flächenmäßig verringert haben oder aufgeteilt wurden³⁾. Auch die zweite Bodenreform vermochte daher das Problem ländlicher Übervölkerung nicht befriedigend zu lösen. Schätzungen veranschlagen die Zahl der landsuchenden und arbeitskraftmäßig nicht voll ausgenutzten Bevölkerung noch immer auf rund 1 Million Menschen.

Die Betriebsflächen von durchschnittlich 7 Katastraljoch sind gegenüber früher durch neue Siedlerstellen stärker vertreten. Eine ausreichende Existenzgrundlage bietet ein solcher Betrieb jedoch nur unter der Voraussetzung günstiger natürlicher und wirtschaftlicher Produktionsbedingungen bei intensiver Bewirtschaftung nach modernen Grundsätzen. Diese Voraussetzungen sind beim ungarischen Kleinlandwirt noch längst nicht in genügendem Ausmaß gegeben; die Bemühungen der Regierung, durch Fachkurse, Musterwirtschaften usw. die Bewirtschaftungsmethoden zu verbessern, entsprechen daher einem dringenden Erfordernis.

Die Bodenreform begünstigte die Betriebe zwischen 50 und 100 Katastraljoch. Diese Stärkung des mittelbäuerlichen Betriebes ist nicht allein sozial, sondern auch produktionstechnisch von Bedeutung, weil sie den marktwirtschaftlichen Ausfall der großen Güter zumindest teilweise kompensiert.

Die Auswirkungen der neuen Bodenverteilung auf die Produktion lassen sich heute noch nicht ganz übersehen, da sie in engster Verbindung mit der zukünftigen Marktordnung, Preisbildung und dem Ausmaß des verfügbaren landwirtschaftlichen Kredites stehen. Die Umstellung auf Klein- und Mittelbetriebe begünstigt, ja erfordert die Einführung intensiver Bewirtschaftungsmethoden, Umstellung auf Industriepflanzen, Hackfrüchte, Garten- und Weinbau sowie auf tierische Veredelungsprodukte. In dieser Richtung ist in den zwei ersten

³⁾ Außerdem wirkt die Erhöhung der landwirtschaftlichen Löhne hemmend auf die Verwendung bezahlter Arbeitskräfte.

Nachkriegsjahren noch nicht allzuviel geschehen, wofür zum großen Teil die Kriegsverluste an landwirtschaftlichem Inventar, aber auch die vielfältigen Umstellungsschwierigkeiten, die mit jeder Bodenreform einhergehen, verantwortlich sein dürften.

Anbauplan in Ungarn und Verteilung nach Betriebsgrößen¹⁾ Übersicht 9

Art	Gesamtackerfläche		davon Betriebe mit Katastraljoch				
	in 1000 K.-J.	in %	0-5	5-20	20-50	50-100	100 u.m.
			in Prozent				
Gesamtackerfläche . . .	10.362	100	22	42	19	12	5
davon:							
Getreide . . .	4.867	100	23	43	18	12	4
Futtermittel	1.537	100	15	42	31	15	7
Hackfrüchte insgesamt	3.708	100	23	41	19	12	5
davon:							
Kartoffeln . . .	623	100	29	42	16	10	3
Rüben . . .	397	100	17	43	20	13	7
Mais . . .	2.400	100	23	42	19	12	4
Andere Hackfrüchte . . .	288	100	16	29	28	18	9
Sonstiger Anbau . . .	250	100	18	34	23	16	9

¹⁾ Ungarisches Institut für Wirtschaftsforschung Nr. 29, 1947

Gemäß den landwirtschaftlichen Planziffern des Dreijahresplanes soll die Getreideanbaufläche — Weizen, Roggen, Gerste, Hafer — auf 4.625 Mill. Katastraljoch gegenüber 5.319 Mill. Katastraljoch in den Jahren 1934/1938 beschränkt werden. Von der Gesamtackerfläche werden demnach in Zukunft 46% statt 54% in den Vorkriegsjahren auf Getreide entfallen¹⁾. Demgegenüber soll die Anbaufläche bei Futtermitteln um 40%, bei Rüben um 56%, bei Mais um 5% und bei Industriepflanzen um 36% gesteigert werden. Besondere Bedeutung erlangen die Handelspflanzen (Raps, Sonnenblumen, Kümmel, Tabak, Hanf, Flachs, Paprika und Mohn), da sie teilweise in Klein- und Zwergbetrieben gezüchtet werden und bei entsprechender Preispolitik und Marktorganisation die Rentabilität steigern können. Ferner erlaubt der Handelspflanzenanbau stärkeren Einsatz landwirtschaftlicher Arbeiter und eine besser ausgeglichene zeitliche Verteilung der Arbeit. Gesamtwirtschaftlich gesehen sind die Handelspflanzen wichtig als Rohstoffbasis für die Textil- und Pflanzenölindustrie. Trotz alledem bleibt nach wie vor der Getreidebau, der in allen Betriebskategorien durchschnittlich 47% der Ackerfläche einnimmt, der bedeutendste Produktionszweig.

Entscheidend für den zukünftigen Erfolg aller Anbaupläne sind die Marktleistungen der Betriebe. Die Erfahrungen aller Bodenreformen nach dem ersten Weltkrieg haben gezeigt, daß aus großen

¹⁾ Weizen: 25,1%, Roggen: 9,1%, Gerste: 8,6%, Hafer: 3,5%, zusammen 46,3% der Gesamtackerfläche.

Produktionswirtschaften eine Vielzahl von Konsumwirtschaften wurde — bei einer entsprechenden Schmälerung des Nationaleinkommens — und daß die neuen Siedler von der zugewiesenen Fläche einen weitaus geringeren Ertrag hatten, als ihnen früher die Lohnarbeit beim Großgrundbesitz einbrachte. Nach den bisherigen Erfahrungen liegen in Ungarn selbst die Erträge von Betrieben zwischen 20 bis 100 Joch durchschnittlich um 15% unter den Erträgen der Großbetriebe; bei Zwergbetrieben sogar bis zu 30%²⁾. Da der Markt hauptsächlich durch Betriebe über 20 Katastraljoch versorgt wird³⁾, die gegenüber 5,7 Mill. Katastraljoch in der Vorkriegszeit nur noch 3,7 Mill. Katastraljoch Ackerfläche einnehmen, werden wesentlich geringere Mengen für den Markt anfallen. Das Schwergewicht der Getreideproduktion hat sich durch die Reform auf die Klein- und Zwergbetriebe verlagert. Eine nennenswerte Markterzeugung dieser Wirtschaften kann aber nur bei intensivster Bewirtschaftung (Traktorenhilfe, landwirtschaftliche Beratung, genossenschaftliche Zusammenarbeit, einwandfreies hochwertiges Saatgut) erreicht werden, da von 8 Joch Ackerfläche durchschnittlich 6 bis 7 Joch für die Versorgung der Familie und des Viehbestandes benötigt werden. Die Erzeugung wird daher nur dann gesteigert werden können, wenn es gelingt, die niederen Hektarerträge⁴⁾ durch intensive Bodenbearbeitung zu heben.

Der Zehnjahresplan für die Mechanisierung der Landwirtschaft, der Ausbau des landwirtschaftlichen Erziehungswesens, die Förderung der Genossenschaften und deren Einbau in die Marktorganisation und schließlich die landwirtschaftliche Kredithilfe werden ohne Zweifel zur Besserung der Produktionsverhältnisse beitragen. Trotzdem ist zunächst kaum zu erwarten, daß die früheren Produktionsmengen erzielt werden, so daß sich der Exportüberschuß verringern wird. Dennoch wird Ungarn zunächst weiterhin ein Getreideexportland bleiben, sobald normale Wirtschaftsverhältnisse eintreten und

²⁾ Nach Angaben des Ungarischen Statistischen Amtes vom Jahre 1938 waren die durchschnittlichen Erträge der Wirtschaften über 600 ha in Weizen um 25,6%, Roggen 24,5%, Gerste 29,0%, Hafer 20,0%, Mais 16,0%, Zuckerrüben 23,0% größer als diejenigen der Wirtschaften unter 60 ha. Hingegen hielten die Kleinlandwirte mehr als 75% des gesamten Hornvieh- und Schweinebestandes und über 90% des Geflügelbestandes.

³⁾ Dies traf bisher auch für Industriepflanzen zu; so wurden 1938 88,7% der Zuckerrüben, 94,3% des Tabaks und 89% des Rapses von den Mittel- und Großgrundbesitzungen produziert.

⁴⁾ Durchschnittsertrag 1931/1938 je ha in: Weizen 13,3, Roggen 11,1, Gerste 13,3, Hafer 12,1.

Kriegsverluste wie Umstellungsschwierigkeiten behoben sind. Allerdings wird unter den gegebenen Umständen selbst bei normalen Ernten kaum mit einem Weizenexport von mehr als 1,5 Mill. q gerechnet werden können, gegenüber durchschnittlich 3 bis 4 Mill. in den Vorkriegsjahren¹⁾. Ähnliches gilt auch für die anderen Getreidearten (Roggen, Gerste und Hafer), von denen insbesondere der Roggen bei guter Ernte einen beachtlichen Ausfuhrposten bildete. Ob dieser Ausfall in der Handelsbilanz durch landwirtschaftliche Qualitätsprodukte, wofür Ungarn alle natürlichen Voraussetzungen besitzt, ausgeglichen werden kann, hängt von der notwendigen Leistungssteigerung und der Aufnahmefähigkeit der Weltmärkte ab.

Der Agrarexport allein wird, abgesehen von der Ungewißheit über die zukünftigen Exportaussichten, nach Überwindung der gegenwärtigen Lebensmittelknappheit nicht groß genug sein, um die Lebenshaltung der ländlichen Bevölkerung dauernd zu verbessern. Neben der Ausfuhr der hochwertigen landwirtschaftlichen Produkte muß daher auch die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes bedeutend erweitert werden, wenn sich die landwirtschaftliche Produktionsumstellung nicht als Fehlschlag erweisen soll. Erst wenn der Absatz der hochwertigen Produkte zu rentablen Preisen gesichert ist, wird die durch die Bodenreform erhoffte sozialpolitische Entspannung tatsächlich eintreten. Der Inlandsabsatz an hochwertigen Nahrungsmitteln wird jedoch nur dann steigen, wenn die durch die Industrialisierung erhoffte Kaufkraftsteigerung der städtischen Bevölkerung auch tatsächlich eintritt.

Um eine Produktionszersplitterung zu verhindern und ein Absinken der neugeschaffenen landwirtschaftlichen Betriebe zu reinen Selbstversorgerwirtschaften zu vermeiden, sieht sich die ungarische Landwirtschaftspolitik folgenden Notwendigkeiten gegenübergestellt:

Fachliche Schulung,

Verbesserung des Saatgutes und der Tierrassen,

Bildung von Produktionsgemeinschaften, um die Nachteile der Gemengelage zu mildern und den Einsatz von Maschinen zu gestatten,

Schaffung zentraler Absatzorganisationen, die einerseits eine kontinuierliche Abnahme der Produkte gewähren und andererseits die marktstrategische Position durch Zusammenfassung der erhöhten Anzahl von Anbietern verbessern,

Preispolitische Maßnahmen zur Unterstützung und Lenkung der landwirtschaftlichen Produktion.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß durch die Bodenreform die sozialen Spannungen wohl

¹⁾ Durchschnittsertrag 1928/1937 an Weizen: 217 Mill. q, Eigenverbrauch 18 Mill. q.

wesentlich gemildert wurden, die allzustarke Atomisierung der Besitzverhältnisse jedoch produktionswirtschaftliche Nachteile schuf, die nur durch eine durchgängige Planung behoben werden können. Nimmt die Landwirtschaft schon grundsätzlich eine Sonderstellung im Marktsystem ein, so verlangt eine Besitzgrößenstruktur, wie sie heute in Ungarn besteht, den weitestgehenden Verzicht auf eine freie Wettbewerbsordnung, zumindest im landwirtschaftlichen Sektor.

Die landwirtschaftliche Produktion seit 1945

Die landwirtschaftliche Erzeugung war nach Kriegsende auf einem katastrophalen Tiefstand und konnte sich seither nur langsam erholen. Die Bodenreform wirkte ohne Zweifel hemmend auf die Kontinuität der Produktion, doch liegen die entscheidenden Ursachen bei den gewaltigen Kriegsverlusten und den unsicheren marktwirtschaftlichen Verhältnissen bis zur Stabilisierung im August 1946. Die Kriegsverluste beliefen sich nach amtlichen Angaben im Viehbestand auf durchschnittlich 60 bis 65 %, die Einbuße an Maschinen und Gerät auf 70 bis 80 %. Dabei ist zu berücksichtigen, daß schon in der Vorkriegszeit die Ausstattung der ungarischen Landwirtschaft mit Maschinen und Gerät²⁾ ungenügend war.

Die Ernteergebnisse in den wichtigsten Erzeugnissen lagen im Jahre 1946 durchschnittlich 50 % unter dem Vorkriegsstand (siehe Übersicht 10). Hingegen stieg die Erzeugung bei einigen typischen Produkten des kleinbäuerlichen Betriebes, wie bei Ölpflanzen (1936/38: 260.000 q, 1946: 2 Mill. q), Gemüse (Bohnen 1936/38: 580.000 q, 1946: 739.000 q) und Tabak über den Vorkriegsstand. Auch die Geflügelhaltung und die Schweinezucht hat sich gut entwickelt.

Landwirtschaftliche Erzeugung und Erträge in Ungarn¹⁾

Übersicht 10

Fruchtart	Erzeugung insgesamt				Ertrag je K. J. in q	
	in 1000 q			1946 in % von 1936/40	1936/40	1946
	1936/40	1945	1946			
Weizen	23.098	6.500	11.267	48,9	5,9	8,5
Roggen	6.989	3.000	4.243	60,9	5,4	6,6
Gerste	6.285	4.300	4.413	70,5	5,5	8,1
Hafer	2.966	1.700	1.978	66,3	5,6	7,5
Mais	25.948	18.700	13.635	54,3	6,8	12,4
Kartoffeln	23.097	16.900	11.432	49,6	25,6	46,6
Zuckerrüben	10.385	1.700	5.159	49,8	55,2	126,5

¹⁾ Ungarische statistische Nachrichten, Heft 5, 1947.

²⁾ 1938 wurde der Maschinenpark der ungarischen Landwirtschaft mit 460 Mill. Pengö bewertet und die wünschenswerte Neuinvestition auf weitere 820 Mill. Pengö geschätzt.

Die im ganzen schlechten Ernteergebnisse senkten das landwirtschaftliche Einkommen gegenüber den Kriegsjahren um 65% und verschärften die Auswirkungen der weit geöffneten binnenländischen Agrarschere. Die Regierung sah sich daher zu umfangreichen Betriebskrediten aller Art und langfristigen Investitionskrediten an die Landwirtschaft gezwungen. Eine umfangreiche Produktionsplanung und -überwachung sollte die Erzeugung der wichtigsten Produkte sichern und gleichzeitig verhindern, daß die Bodenaufteilung zu einer Zersplitterung der Produktion führt.

Der Anbauplan¹⁾ verpflichtete alle Landbesitzer zur Bestellung eines für Herbst und Frühjahr vorgeschriebenen Mindestackerareals und zur Aussaat bestimmter Produkte, je nach Betriebsgröße und Bodenverhältnissen. Besonderer Nachdruck wurde auf Brotgetreide und Industriepflanzen gelegt. Die Hälfte des Ackerlandes mußte mit Herbst- und Frühjahrsgetreide bestellt werden, während durchschnittlich 8% der Ackerfläche auf Industriepflanzen entfielen²⁾. Zur Sicherung der Fettversorgung legte man auf die Sonnenblume größten Wert, die allein 75,9% der Industriepflanzenfläche einnimmt. Außerdem wurde der Anbau von Reis, dessen Verwertung keinen Beschränkungen unterworfen ist, durch den Bau von Kanalsystemen gefördert.

Ein allzu starres Anbauschema wurde vermieden. Bestimmte Erzeugnisse waren in festgelegten Mengenrelationen gegeneinander ersetzbar, so daß der Bauer innerhalb gewisser Grenzen die Möglichkeit hatte, seine spezifischen Bodenverhältnisse sowie seine eigenen Erfahrungen durch entsprechende Auswahl der Produkte zu berücksichtigen. Dadurch wurde nicht nur die Abgabepflicht erleichtert, sondern auch bei geschickter Festsetzung der Relationen eine zwanglose Erzeugungslenkung ermöglicht.

Die Pflichtablieferungsmengen hielten sich in tragbaren Grenzen. Für Mehllieferungen wurde ein Prämiensystem festgesetzt und manche Produkte wurden sogar dem freien Markt überlassen. Ferner konnten staatliche oder kommunale Betriebskredite

¹⁾ Anbau- und Ablieferungsvorschriften zeigen eine Anlehnung an den Juresekplan 1943/44.

²⁾ Die Auswirkung zeigt im Vergleich mit 1934/1938:

	1934/38	1945/46
	Anbaufläche in 1000	Katastraljoch
Gesamt	172,4	723,0
davon:		
Zuckerrüben	81,0	100,3
Sonnenblumen	48,6	549,7
Lein	15,1	40,7
Flachs	5,8	10,1
Hanf	21,9	22,5

sowie Steuerzahlungen und Tilgung von Grundschulden in Naturalien beglichen werden.

Der Staat, bzw. die autorisierte Übernahmestelle, zahlte für die abgelieferten Produkte teils in bar, teils in Industriewaren (Preisbasis 1938). Der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten lag in den vergangenen zwei Jahren fast ausschließlich in den Händen staatlich autorisierter Stellen (Genossenschaften und Großeinkäufer). Den Produktionskomitees obliegt die Überwachung des Anbaues und des Arbeitseinsatzes und der Landwirtschaftsminister kann zur Sicherung einer rationellen Bodenbearbeitung Vorschriften über die Verwendung von Saatgut, Arbeitsmethoden usw. erlassen. Die reichen Erfahrungen, die Ungarn gerade auf dem Gebiete des Saatgutes und der Zucht seit Jahrzehnten gesammelt hat, lassen für die Zukunft bessere Erträge erwarten.

Eine wesentliche Stütze in der Erzeugung und für die Marktorganisation wird in den Genossenschaften gesehen, die sich größter staatlicher Förderung erfreuen. Sie vermitteln den bäuerlichen Kredit, sorgen für Sammlung und Weiterleitung der Erzeugnisse und werden vom Staat bevorzugt in das Exportgeschäft eingeschaltet.

Durch die Leistungssteigerung der Landwirtschaft von 1945 auf 1946 war trotz ungünstiger Witterungseinflüsse und Reparationslasten die Ernährungslage 1946/47 bereits wesentlich günstiger als im vorangegangenen Jahr. Eine Anzahl landwirtschaftlicher Produkte konnte bereits dem freien Verkehr überlassen werden und der Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse lief wieder an, vor allem von Geflügel, Gemüse, Obst, Wein und Wild. Dagegen herrschte großer Mangel an Brotgetreide, so daß Brotgetreide und Mehl sogar eingeführt werden mußten. Die Anbauperiode 1946/47 brachte zwar eine normale Feldbestellung, jedoch ist auch in diesem Jahr die Ernte infolge der Trockenheit unterdurchschnittlich. Dadurch ist die Versorgung mit Brotgetreide und Futtermitteln gefährdet³⁾. Dem normalen Inlandsbedarf an Weizen und Roggen in Höhe von 24 Mill. q steht nur ein Aufkommen von 15 Mill. q gegenüber, so daß nur eine Brotzuteilung von 200 Gramm täglich möglich sein wird. Die Aufhebung der Ablieferungspflicht für Landwirte mit einem Grundbesitz von weniger als 15 Joch wird die Aufbringung noch erschweren und gegebenenfalls dem Schleichhandel Brotgetreide zu-

³⁾ Vorläufige Ernteergebnisse: Weizen: 10,9 (1946: 11,5), Roggen: 4,1 (4,2), Mais: 18,5 (13,6), Zuckerrüben: 10,4 (5,2), Kartoffeln: 16,4 (11,4) Mill. q. Sehr gute Ergebnisse werden für die Reisernte gemeldet.

führen. Hingegen ist die Mais-, Kartoffel- und Zuckerrübenenernte mittelgut ausgefallen, ebenso gestaltet sich die Öl- und Fettversorgung günstig.

Der ungarische Agrarexport, der augenblicklich vollkommen gesperrt ist, wird sich daher hauptsächlich auf Frischobst, Obst- und Fleischkonserven sowie frisches Gemüse und Industriepflanzen erstrecken. Wie Verhandlungen und Verträge erkennen lassen, sind die Bemühungen der Regierung auf den Absatz der typischen Produkte des Kleinbetriebes sowie auf landwirtschaftliche Erzeugnisse im verarbeiteten Zustand gerichtet. Die getätigten Exportabschlüsse — vor allem mit England — lassen bei befriedigenden Produktionsergebnissen eine Erhöhung der Exporte von Agrarprodukten im Wirtschaftsjahr 1947/48 erwarten.

Industrielle Produktion

Allgemeine Industrie Probleme

Im Gegensatz zu den anderen überwiegend agrarisch bestimmten Südostländern befindet sich Ungarn bereits im Stadium eines Agrar-Industriestaates. Die Industrialisierung Ungarns vollzog sich in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen unter dem Druck einer ständig zunehmenden Bevölkerung, die nur in beschränktem Maße in der Landwirtschaft Beschäftigung finden konnte. Diese natürliche Industrialisierungstendenz wurde insbesondere in den Dreißigerjahren durch einen ausgeprägten wirtschaftlichen Nationalismus künstlich verstärkt, so daß die Industriestruktur bereits vor dem Kriege mit allen Nachteilen belastet war, die einer unter starkem Zollschutz aufgebauten Industrie anhaften. Von 1925 bis 1937/38 stieg der Anteil der Industrie (einschließlich Handwerk und Hausindustrie) am Nationaleinkommen von 24,5% auf 31,4%, während jener der Landwirtschaft von 39,4% auf 34,6% zurückging. In der Zeitspanne des „Wiener Ungarns“ machte die Industrialisierung weitere Fortschritte. Durch die wiedergewonnenen Gebiete wurden der ungarischen Industrie zusätzliche billige Rohstoffquellen erschlossen und gleichzeitig ihr Absatzgebiet erweitert. Außerdem wirkten sich die großräumige deutsche Wirtschaftsplanung sowie die besonderen Anforderungen der Kriegswirtschaft entscheidend auf die industrielle Struktur aus.

Allerdings ist das unter kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgebaute und auf einen größeren Wirtschaftsraum zugeschnittene Industripotential strukturell unausgeglichen. Ungarn verfügt über hohe Ausfuhrkapazitäten gerade in Erzeugnissen typischer Industrieländer. Das Problem der Ausnützung überdimensionierter Exportkapazitäten tritt zur Zeit

infolge der weltweiten Warenknappheit und der großen Reparationsverpflichtungen noch nicht so deutlich in Erscheinung, wird aber zweifellos mit dem Wegfall der Reparationen und der Überwindung der nachkriegsbedingten Mangellage akut werden. So zeigt sich bereits heute in einigen Zweigen des Maschinenbaues mit der Verminderung der Reparationen ein spürbarer Beschäftigungsrückgang. Die Sicherung des Auslandsabsatzes ist daher für die ungarische Industrie ein brennendes Problem. Eine föhlbare Entspannung der industriepolitischen Lage würde für Ungarn eintreten, wenn es gelänge, die von den Oststaaten angestrebte gegenseitige produktionswirtschaftliche Abstimmung zu verwirklichen. Ungarn hätte dann die Möglichkeit, sich durch langfristige Wirtschaftsverträge die nahegelegenen Exportmärkte des Südostens und Ostens für seine industriellen Erzeugnisse auf lange Sicht zu sichern, ohne die Konkurrenz der westlichen Industrieländer befürchten zu müssen.

Diese Möglichkeiten dürfen jedoch nicht überschätzt werden. Die ungarische Industrie wird, wie vor dem Kriege, zum Teil auf Absatzgebiete außerhalb des Ostblocks, in erster Linie auf überseeische Gebiete, angewiesen sein. Zunächst benötigt Ungarn selbst eine Reihe von Rohstoffen, die es nur aus Übersee beziehen kann. Außerdem sind aber die Aufnahmefähigkeit und die Möglichkeiten von Gegenleistungen des südosteuropäischen Raumes für eine Reihe von Industrieerzeugnissen beschränkt. Viele hochwertige Produktionsmittel, die von den Südostländern benötigt werden, können von den westlichen Industriestaaten relativ billiger erzeugt werden, so daß die Möglichkeit der Verdrängung Ungarns vom südosteuropäischen Markt besteht, insbesondere da diese Staaten selbst ihre Agrarerzeugnisse nicht in Ungarn, sondern wieder nur in den westlichen Staaten absetzen können.

Wenn daher auch in einzelnen Zweigen ein Abbau von Überkapazitäten unvermeidbar sein wird, so ist doch eine generelle Verminderung des industriellen Potentials schon aus bevölkerungspolitischen Gründen nicht tragbar. Der Industrie fällt im Gegenteil auch weiterhin die Aufgabe zu, die überschüssige Landbevölkerung wenigstens teilweise aufzunehmen. Darüber hinaus beabsichtigt man, durch eine bewußte planmäßige Industrialisierung Ungarn mehr und mehr zu einem Industriestaat zu entwickeln, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben. Der Erfolg der Industrialisierung hängt jedoch weitgehend davon ab, ob es gelingt, die Industrie in Übereinstimmung mit der Entwicklung der heimischen Nachfrage und den

Exportaussichten auszubauen. Die weitere Industrialisierung muß sich daher zunächst auf solche Produkte erstrecken, für die der Inlandsmarkt aufnahmefähig ist bzw. für deren Produktion Ungarn auf Grund natürlicher Vorteile besonders geeignet ist. Industriekapazitäten, die die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes übersteigen und andererseits infolge ihrer ungünstigen Kostengestaltung auch im Ausland keine ausreichenden Absatzmöglichkeiten finden können, würden nur permanente Krisenherde schaffen, ohne das Ziel der Hebung des Volkseinkommens zu erreichen.

Ungarn versucht daher, so weit dies aus den bisherigen langfristigen Plänen ersichtlich ist, folgende Wege einzuschlagen:

1. Erschließung der heimischen Rohstoffquellen, um die Rohstoffbilanz zu entlasten,
2. Ausbau einer hochqualifizierten Nahrungsmittelindustrie, um den Exportwert landwirtschaftlicher Produkte zu erhöhen,
3. Begünstigung aller jener Industrien, die landwirtschaftliche Erzeugnisse verarbeiten, z. B. chemische, pharmazeutische und Arzneimittelindustrie,
4. Erschließung von nahegelegenen Exportmärkten durch langfristige Wirtschaftsverträge mit den Nachbarstaaten auf der Basis einer produktionswirtschaftlichen Abstimmung.

Neben der Frage der organischen Entwicklung der einzelnen Industriezweige stellt die Industrialisierung die staatliche Wirtschaftspolitik vor eine Reihe anderer, keineswegs einfach zu lösender Probleme, wie das der Kapitalbildung, der Umschichtung und Umschulung der Arbeitskräfte, der regionalen Verteilung der Industrie und andere mehr. Insbesondere die Kapitalbeschaffung ist schwierig, da aus politischen Gründen mit einem größeren Zustrom wesentlicher Kapitalien nicht gerechnet werden kann und die inländische Kapitalbildung infolge der niedrigen Durchschnittseinkommen große Opfer von der Bevölkerung erfordert¹⁾.

Die Kriegsschäden

Die Produktionskapazität der ungarischen Industrie wurde durch die Kriegsverluste auf die Hälfte vermindert. Der Bruttoproduktionswert der Industrie betrug im Jahre 1945 nur noch 4,5 Mrd. Pengö (Wert 1943) gegenüber 8,5 Mrd. Pengö vor der Zerstörung. Der Ausfall wird mit 12% (650 Betriebe) aller Betriebe, die beschädigten Werke

werden mit 80% (3.864 Betriebe) angegeben, während nur 8% (388 Betriebe) keinen Schaden erlitten. Die höchsten Verlustziffern entfallen auf größere und Großbetriebe, die durch Bombenangriffe, Verlagerungen und Demontagen am stärksten betroffen wurden. Besonders schwerwiegend wirken sich die bedeutenden Einbußen der Maschinenindustrie aus, da der Bedarf an Kraft- und Arbeitsmaschinen für den Wiederaufbau besonders groß ist.

Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist die Verminderung der Industriekapazität allerdings bedeutend geringer, da die ungarische Industrie nach 1938 bedeutend erweitert wurde. Selbst im Jahre 1944 fanden noch 380 industrielle Neugründungen statt. Insgesamt hat die Zahl der Fabriksbetriebe von 3.907 im Jahre 1937 auf 4.867 Ende 1944 zugenommen. Der Bruttoproduktionswert lag daher im Jahre 1945 mit 2,6 Mrd. Pengö nur wenig unter dem von 1937 mit 3,0 Mrd. Pengö. (Preisbasis 1937 entspricht einem Produktionswert von 4,5 Mrd. Pengö auf Preisbasis 1943.) Der Wiederaufbau wird die industrielle Produktion demnach weit über den Vorkriegsstand erweitern.

Die Verstaatlichung

Ungarn begann bereits im Jahre 1945 mit einem umfangreichen Verstaatlichungsprogramm, das dem Staat nach und nach einen immer größeren Einfluß auf die ungarische Industrie sicherte. Zuerst wurden die Kohlenbergwerke verstaatlicht. Von den 88 Bergwerken befinden sich zur Zeit 82 in den Händen des Staates, mit einem Anteil von 91,7% der gesamten Kohlenproduktion (siehe Übersicht 11). Eisen-, Kupfer- und Bleierzgruben befinden sich heute fast zu 100% im Staatsbesitz. Demgegenüber ist der staatliche Anteil an den Manganerzgruben und der Mineralölwirtschaft noch gering. Mit der Einbeziehung von Teilen der Schwerindustrie²⁾ und der elektrischen Energieerzeugung in den staatlichen Verwaltungsbereich wurden schließlich die wichtigsten Schlüsselindustrien aus der privatwirtschaftlichen Organisation gelöst und dem Staat der Einfluß auf die übrigen Wirtschaftsbranchen gesichert.

Die staatliche Beteiligung ist in den einzelnen Industriezweigen sehr verschieden (siehe Übersicht 11). Am weitesten ist die Verstaatlichung in der Eisen- und Metallindustrie sowie in der

²⁾ Manfred Weiss-Werke, Danubius-Ganz-Werke und Rimamurany A. G. mit allen inländischen Zweigunternehmen, an denen die genannten Werke mit mehr als 50% des Aktienkapitals beteiligt sind; dazu gehören u. a. die Glasfabrik Csepel, die Ungarische Waggon- und Maschinenfabrik und die Ungarische Chemische Fabrik.

¹⁾ Siehe Abschnitt Preise, Löhne, Währung, S. 4 ff.

Anteil des Staates am Bergbau, der Metallurgie und Fabrikindustrie in Ungarn¹⁾.

Übersicht II

Bergbau- und metallurgische Produkte und Industriezweige	Zahl d. Betriebe		Beschäftigte		Produktion 1000 q	
	Ge. samt	davon Staat %	Ge. samt	davon Staat %	Ge. samt	davon Staat %
Bergbau						
Kohle	88	93,2	46.983	90,6	63.520	91,7
Eisenerz	5	60,0	1.085	99,9	1.330	99,9
Manganerz	2	50,0	396	12,6	528	12,4
Kupfer	1	100,0	319	100,0	23	100,0
Blei	2	100,0	14	100,0	5	100,0
Mineralöl	5	20,0	3.904	1,9	6.848	0,0
Aluminiumerz	8	0,0	1.411	0,0	1.008	0,0
Naturgas	5	40,0	21	38,0	91.211	1,3
Metallurgie						
Roheisen	—	—	—	—	1.598	100,0
Weichblei	2	100,0	1.460	100,0	11	100,0
Ferromangan	—	—	—	—	15	100,0
Fabrikindustr.						
davon:					Arbeitsplatzkapazität	
Eisen- u. Metallindustrie	340	3,8	40.406	74,2	54.084	44,9
Maschinenindustrie	385	14,5	54.124	57,8	93.782	46,4
Elektrizitäts-erzeugung	237	8,0	8.119	14,2	—	—
Textilindustrie	439	0,9	32.719	1,5	56.352	1,6
Nahrungsmittelindustrie	1.202	1,8	38.831	17,9	59.266	16,0
Chemische Industrie	311	4,2	13.946	3,6	23.341	3,3
Druckereibetriebe	124	2,4	5.318	11,4	9.044	4,2
Industrie insgesamt	4.458	3,4	212.798	32,9	395.534	20,5

¹⁾ Ungarische Wirtschaftsstatistik, Heft 6, 1947; auf der Basis von 1945 errechnet.

Maschinen- und in der Nahrungsmittelindustrie fortgeschritten. Neben der reinen Verstaatlichung sichert sich der Staat jedoch noch durch Dachorganisationen sein Mitbestimmungsrecht, wie dies z. B. in der landwirtschaftlichen Industrie durch die Gründung der „Staatlichen landwirtschaftlichen Industriezentrale“ im Juli 1947¹⁾ geschehen ist. Außerdem wurde durch die Verstaatlichung der Finanzinstitute die Kontrolle über den größten Teil der im Privatbesitz verbliebenen Betriebe erlangt.

Insgesamt befinden sich zwar gegenwärtig von 4.576 Betrieben nur 254 im staatlichen Besitz; auf die 254 verstaatlichten Betriebe entfallen jedoch 43% aller Arbeitnehmer. Einschließlich der indirekten Einflußnahme durch die verstaatlichten Kreditinstitute werden 70 bis 80% der Industrie vom Staat kontrolliert.

Mit dem Beginn des Dreijahresplanes und dem Übergang zur vollen Planwirtschaft wird außerdem die gesamte industrielle Produktion der staatlichen

¹⁾ Nach einer Verordnung vom Juli 1947 werden die landwirtschaftlichen Industrieunternehmen (Spiritus, Hefe, Essig, Flachs und Hanf, Seifen, Milchprodukte, Stärkemittel, Zucker, Teigwaren, Kühlhäuser, Mühlen, Weinkeller) einer zentralen Verwaltung unterstellt. Diese staatliche landwirtschaftliche Industriezentrale sorgt für Verwaltung und Verwertung der Produkte der landwirtschaftlichen Betriebe.

Lenkung unterstellt und damit die Bewegungsfreiheit der privaten Unternehmerinitiative weitgehend beschränkt.

Die Auswirkungen der Verstaatlichung können noch nicht beurteilt werden, da Kriegsschäden, Überalterung des Maschinenparks und Reparationsleistungen, insbesondere seitens der Schwerindustrie, das Bilanzbild entstellen. Die verschiedentlich ausgewiesenen Passivabschlüsse können daher nicht ohne weiteres als Folge der Verstaatlichung gewertet werden.

Die Entwicklung des Bergbaues und der industriellen Produktion

Trotz der Kriegsschäden und der politischen Schwierigkeiten belebte sich die industrielle Produktion nach Kriegsende rascher, als man erwartete. Neben dem starken Aufbauwillen der Bevölkerung trugen vor allem die russischen Rohstofflieferungen, die Reparationsverpflichtungen, das schnelle Anlaufen der bergbaulichen Förderung und die inflationistische Geldpolitik, die allerdings im Währungschaos endete, dazu bei, den Stillstand nach Kriegsende zu überwinden. Außerdem konnte die Regierung durch eine totale Erfassung der vorhandenen Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate der Warenhortung entgegenwirken. Anfang 1946 zählten Bergbau und Industrie wieder rund 300.000 Beschäftigte und mit Beginn des Jahres 1947 wurde der Vorkriegsstand erreicht. Die Produktionsleistungen des Jahres 1946 waren in den meisten Industriezweigen noch weit geringer als in der Vorkriegszeit und lagen im Bergbau im Durchschnitt bei 60% und in der Industrie bei 45%¹⁾ des Jahres 1938. Einen erfreulichen Aufschwung brachte das erste Halbjahr 1947. Die Monatsproduktion der Fabrikindustrie stieg auf 60 bis 70%¹⁾ des Jahres 1938 und im Bergbau sowie in der Hüttenindustrie wurde sogar die volle Friedensproduktion erreicht.

Die bergbauliche Produktion

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Entwicklung der gewerblichen Produktion war zunächst die Versorgung mit Kohle und Mineralöl. In beiden Produkten ist Ungarn, bis auf Koks und Gaskohle und hochwertige Steinkohle, autark. Nach der Verstaatlichung der Kohlengruben im November 1945 erhöhte sich die Förderleistung zunächst nur langsam. Durch Rationalisierung und Zentralisierung, Einführung des Prinzips der Selbsterhaltung und Schließung unrentabler Betriebe, vor allem aber durch Einstufung der Grubenarbeiter in die höchste Lohnkategorie und Einführung von

Akkordlöhnen stieg gegen Ende 1946 die Förderleistung rasch an und erreichte im Mai 1947 bereits 90,0% des Friedensstandes (siehe Übersicht 12). Die Arbeitsproduktivität liegt allerdings mit 76% im Juli 1947 noch weit unter dem Vorkriegsstand. Die Ursachen sind Überalterung des Maschinenparkes sowie Raubbau während des Krieges und Kriegsschäden. Infolge der verminderten Produktivität sind die Förderkosten relativ hoch. Um die Auswirkungen hoher Kohlenpreise auf das Preisgefüge zu unterbinden, wurde der Verkaufspreis (6,40 Forint je *q*) unter den Gestehungskosten (7,09 Forint je *q*) angesetzt. Rationalisierung und umfangreiche Investitionen (380 Mill. Forint) im Rahmen des Dreijahresplanes sollen die Mängel beheben und die gegenwärtige Schichtleistung von 4,6 *q* (1938: 5,8) bei Steinkohle und 6,4 *q* (8,8) bei Braunkohle auf durchschnittlich 8 *q* heben.

Bergbauproduktion¹⁾ in Ungarn

Übersicht 12

Zeit	Braun- kohle	Stein- kohle	Eisen- erz	Mineral- öl	Mangan- erz	Bauxit
	in 1000 t					
1938	692,1	86,8	24,8	3,6	3,9	45,0
1946	469,1	60,1	11,1	57,1	4,4	8,4
1947 III.	643,4	81,3	18,9	52,5	7,2	22,9
IV.	599,5	81,1	21,9	50,8	10,1	29,1
V.	613,5	83,2	22,6	51,3	10,0	38,7
VI.	580,2	81,2	22,2	48,4	9,2	36,8
VII.	617,7	89,4	22,5	48,7	8,9	39,2
VIII.	598,4	86,2	21,5	44,7	10,6	35,9

¹⁾ Ungarische Statistische Nachrichten, Heft 9, 1947

Die Mineralölförderung, die im Jahre 1937 mit 2.214 t noch unbedeutend war, stieg während des Krieges bis zum Jahre 1943 auf 842.000 t. Die Ausbeutung der Erdölfelder liegt gegenwärtig in Händen von zwei großen Unternehmungen, der „Maort“, die sich in amerikanischem Besitz befindet und zur Zeit die gesamte Förderleistung erstellt, und der „Maszovál“, einer russisch-ungarischen Gesellschaft, die für die östlichen Gebiete des Landes die Konzessionen besitzt. Die Raffinade kann restlos durch heimische Raffinerien durchgeführt werden, die über eine Kapazität von 1 Mill. t verfügen. Auch hier ist ausländisches Kapital stark beteiligt; Vacuum Oil (150.000 t), Shell (200.000 t) und die Ungarisch-Sowjetische Rohöl-A. G. „Molaj“ mit 300.000 t sind die größten Betriebe.

Im Jahre 1946 erreichte die Förderleistung bereits wieder 684.000 t, womit Ungarn nicht nur seinen Eigenbedarf von 250.000 bis 300.000 t jährlich zu decken vermag, sondern beträchtliche Mengen dem Export zuführen kann (Importbedarf 1938: 209.000 t). Für die Aluminiumerzeugung, den Traktoreinsatz in der Landwirtschaft sowie für die

Donauschifffahrt, die meist Öl statt Kohle verwendet, bedeutet die Verwendung des relativ billigen heimischen Erdöls eine wesentliche Senkung der Betriebskosten. Auch das noch sehr unentwickelte Kraftfahrzeugwesen wird einen Auftrieb erhalten.

Neben dem Erdöl zeigt auch die *Manganerzproduktion* eine weit über 1937/38 hinausgehende Leistungssteigerung (August 1947: 357,9%). Demgegenüber blieb die Produktion von Eisenerz (63,3%) und von Bauxit (11,1% im Jahre 1946) noch stark hinter der Friedensproduktion zurück. Erst ab März 1947 steigt die Produktion an. Im Mai betrug die Förderung von Eisenerz bereits 92,4% und von Bauxit 86,6% des Monatsdurchschnittes von 1937/38. Die geringe Bauxitförderung ist auf Mangel an Kryolit und kaustischer Soda sowie auf zu hohe Preise für elektrischen Strom zurückzuführen. Zur Behebung dieser Schwierigkeiten wurde seitens der Regierung ein 10 Mill. Forint-Kredit zur Verfügung gestellt sowie die Abgabe billigen Stromes zugesichert.

Die industrielle Produktion

In der Industrie erhöhte sich die Produktionsmittelerzeugung und insbesondere die Schwerindustrie im allgemeinen rascher als die Konsumgütererzeugung. Diese Entwicklung ist in allen vom Krieg betroffenen Staaten zu beobachten und auf den großen Bedarf an Produktionsmitteln für den Wiederaufbau zurückzuführen, der in vielen Zweigen erst die Voraussetzung für eine erhöhte Konsumgüterproduktion schafft. Außerdem zwangen in Ungarn auch die Reparationsverpflichtungen, die zum Großteil aus Produktionsmitteln bestehen, zu einer verstärkten Förderung der Produktionsmittelindustrien durch bevorzugte Zuteilung von Rohstoffen und vor allem von Kohle.

In der *eisenschaffenden Industrie* könnten bereits wieder alle 6 Hochöfen angeblasen werden. Mit russischen Erzen und polnischem Koks versorgt, stieg die tägliche Roheisen- und Stahlerzeugung von 217 bzw. 470 t im Jahre 1945 auf 983 bzw. 1808 t im September 1947 und erreichte damit rund 112% bzw. 89% der Leistung von 1937. Die Erzeugung deckt den Bedarf an Stahl- und Gießereirohisen, Walzwerkserzeugnissen und verschiedenen Edeltstahlarten wie Chromnickel-, Wolfram- und Vanadium-Stahl.

Im *Maschinen- und Fahrzeugbau* stieg im Verlauf des Jahres 1946 der Produktionswert um 83%. Die Kapazität ist in einigen Zweigen bis zu 94% ausgenutzt. Allerdings dient ein Großteil der Produktion zur Erfüllung der Reparationsverpflich-

Industrielle Produktion Ungarns

Übersicht 13

Zeit	Eisenerz 1000 q	Roheisen für Stahl- erzeugung 1000 q	Dachziegel 1000 Stück	Rundholz 1000 m ³	Schnittholz 1000 m ³	Schühe 1000 Paar	Baumwoll- zeug 1000 #	Seide u. Kunstseide 1000 m	Wollwaren 1000 m	Strümpfe, Socken 1000 Paar	Druck- u. Schreib- papier t
Ø 1938	248	254	7.583	50·0	25·8	-	-	3.426	1.673	451	1.357
Ø 1946	131	124	3.167	12·5	4·2	48	5.779	488	250	-	416
1947 I	127	147	3.060	57·9	8·4	116	8.272	565	356	866	530
II	165	179	1.759	35·1	8·9	121	8.816	598	597	840	567
III	181	191	1.700	55·1	7·9	131	10.969	850	573	780	982
IV	202	229	3.350	56·5	14·1	169	10.259	519	695	1.158	968
V	205	280	7.450	88·9	16·6	248	10.972	632	798	1.504	1.234
VI	216	256	11.540	36·8	19·7	253	9.459	563	715	1.341	1.243

tungen. Die wesentliche Herabsetzung der Reparationen für 1946/47 zwang zur Umstellung der Produktion auf den heimischen Bedarf und den kommerziellen Export — eine Aufgabe, die bei der strukturellen Unausgeglichenheit der Maschinenindustrie großen Schwierigkeiten begegnet. So trat insbesondere in exportorientierten Industrien, wie im Instrumentenbau und in der Kraftmaschinenherzeugung, bereits ein stärkerer Beschäftigungsrückgang ein. Bereits anfangs 1947 hätten z. B. im Instrumentenbau bei entsprechenden Auslandsaufträgen rund 25.000 Arbeiter mehr beschäftigt werden können. Hingegen dürfte der ebenfalls auf Export eingestellte Bau landwirtschaftlicher Maschinen durch den 10 Jahres-Plan für die Mechanisierung der Landwirtschaft eine befriedigende Beschäftigung finden.

Trotz des relativ hohen Beschäftigungsgrades (die Kapazitätsausnutzung der verstaatlichten Schwerindustrie betrug im Mai 1947 bei den Manfred Weiß-Werken 58 %, in der Eisenhütte Rimamurany 62 % und in den Ganz-Danubius-Werken 75 %) der Schwerindustrie sind ihre Rentabilitätsverhältnisse wenig befriedigend. Nach Mitteilung des Obersten Wirtschaftsrates vom April 1947 haben allein die drei oben erwähnten Betriebe ein monatliches Defizit von 14·5 Mill. Forint und die Verschuldung an den Staat übersteigt bereits 100 Mill. Die Ursachen für die unbefriedigenden Rentabilitätsverhältnisse liegen vor allem in der ungenügenden Rationalisierung, aber auch in den ungünstigen Kostenverhältnissen infolge der hohen Preise für Kohle und Elektrizität sowie der hohen sozialen Lasten (60 % der Lohnsumme).

Insgesamt beträgt die Produktion der ungarischen Schwerindustrie gegenwärtig rund 80 % des Vorkriegsstandes. Vor allem die Eisen- und Metallindustrie erreichte nahezu ihre Friedenskapazität, während die Maschinenindustrie noch etwas zurückbleibt. Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr vermochte die Schwerindustrie nicht allein den Inlandsbedarf zu decken, sondern war auch in der Lage, neben

den Reparationslieferungen bedeutende Mengen von Eisen- und Stahlprodukten zu exportieren.

Das besonders akute Rohstoffproblem wurde durch Hebung der eigenen Produktion wie auch durch eine zufriedenstellende Außenhandelspolitik überraschend gut gelöst. Der Engpaß in Nichteisenmetallen (Kupfer, Blei, Zink, Zinn und Nickel) wird vor allem durch die Abkommen mit Jugoslawien und Rußland weitgehend behoben werden können. So soll im ersten Planungsjahr durch russische Rohstofflieferungen der ungarische Eisenerzbedarf zu 40 %, Nickel zu 100 %, Chromeisen zu 82 % und Koks zu 50 % gedeckt werden.

Die chemische Industrie entwickelte sich zwischen den beiden Weltkriegen besonders gut und gehört heute mit zu den aussichtsreichsten Exportindustrien. Obwohl es an chemischen Roh- und Grundstoffen, wie Schwefelkies, Röhphosphate, Kalisalz, Soda usw. mangelt, wird auf den weiteren Ausbau größter Wert gelegt, da man hofft, den früheren deutschen Absatzmarkt zum Teil übernehmen zu können. Zuzufolge der führenden Stellung der ungarischen chemischen Industrie in Südosteuropa sind diese Hoffnungen durchaus berechtigt. Dies gilt insbesondere für pharmazeutische Artikel, Farben und Lacke, aber auch Schwerchemikalien. So konnten die bedeutendsten pharmazeutischen Werke Ungarns, die Chinoin-Werke, während des Krieges ihre Produktion um 100 % steigern und bereits damals die deutsche Industrie fast vollständig vom Balkan verdrängen.

Eine Anzahl von Neugründungen in der pharmazeutischen Branche — zu nennen ist insbesondere die Servita A. G., die sich mit der Penicillin-Forschung beschäftigt, — beweisen die günstige Marktbeurteilung durch das Privatkapital; auch belgisches und englisches Kapital zeigen neuerdings starkes Interesse. Allgemein ist jedoch der Erholungsprozeß in der pharmazeutischen Branche nur ein langsamer, da beträchtliche Kriegsschäden die Produktion hemmen. Hingegen ist die Rohstoffversorgung zufriedenstellend und nach Berichten ver-

fügen z. B. die Chinoin-Werke über ein Rohstofflager für zwei Jahre.

Auf dem Gebiete der Schwerchemikalien ist russisches und amerikanisches Kapital an den staatlichen Stickstoffwerken von Pét stark interessiert. Zur Reorganisation und für den Wiederaufbau der zerstörten synthetischen Ammoniakproduktion (gegenwärtig arbeitet die Kunstdüngerproduktion mit russischen Rohstoffen) werden zirka 3 Mill. Dollar benötigt. Die ungarische Regierung will sich verpflichten, nach dem Wiederaufbau auch Belgien und Holland mit Kunstdünger zu versorgen.

Insgesamt wird der Wiederaufbau der chemischen Industrie durch starken Kapitalmangel gehemmt und die Erholung schreitet langsamer fort als in den anderen großen Industriezweigen des Landes. Am schnellsten überwand die kosmetische Industrie die Kriegsschäden. Ende 1946 dürfte die chemische Industrie zirka 50% ihres Vorkriegsstandes erreicht haben, jedoch mit einem Beschäftigungsstand, der höher liegt als 1937/38.

In der Konsumgüterindustrie überflügelt zur Zeit die *Textilindustrie* die sonst dominierende Nahrungsmittelindustrie beträchtlich. Durch umfangreiche russische Baumwolllieferungen konnte die Baumwollindustrie ihre volle Kapazität ausnützen und amerikanische wie englische Rohstoffkredite sichern auch für die Zukunft die Produktion. Allerdings wirkte der Mangel an modernen Maschinen und der Ausfall an Spindeln (240.000 gegen 350.000 vor dem Krieg) sehr hemmend, so daß Ende 1946 nur 50% der Friedensproduktion erreicht wurden. Die monatliche Produktion liegt seit August 1946 bei 7 bis 8 Mill. m Stoff. Die vorgesehene Installation einer Textilfabrik (Staatliche Textilgesellschaft) mit 70.000 Spindeln und einem Verarbeitungsvermögen von 8.000 t Baumwolle im Jahr würde die Kapazität der ungarischen Baumwollspinnereien erheblich über den Vorkriegsstand hinausführen.

Wesentlich ungünstiger ist die Lage in der *Wollindustrie*¹⁾, die an dem unbefriedigenden inländischen Schafwollaufkommen und den Verlusten an Webstühlen (8.600 gegen 12.000 vor dem Krieg) leidet. Der stark verminderte Schafbestand erbrachte 1945 nur 600.000 kg, 1946 2 Mill. kg Wolle gegen 7,5 Mill. im Jahre 1938, die damals zu 89% den Bedarf zu decken vermochten.

Die Lage in den anderen Textilzweigen, wie Leinen, Hanf, Jute und Seide, ist zufolge des noch ungenügenden Aufkommens an Industriepflanzen-

produkten sehr schwierig. Dieser Rohstoffengpaß wird jedoch im laufenden Jahr behoben werden können, wenn die Erträge auf der vergrößerten Anbaufläche befriedigend sind.

Die *Nahrungsmittelindustrie*, in Friedenszeiten hinsichtlich des Produktionswertes und der Arbeiterzahl die größte des Landes, litt unter dem ungenügenden Anfall an landwirtschaftlichen Produkten. Die Mühlenindustrie, einer der wichtigsten Industriezweige Ungarns, hatte schon nach dem ersten Weltkrieg zufolge der amerikanischen Konkurrenz an Bedeutung verloren²⁾. Ihre gegenwärtige Situation wird, abgesehen von den Kriegsschäden, auch durch die ungeklärten Besitzverhältnisse stark beeinträchtigt. Das Vorhaben, die größeren Mühlen zu verstaatlichen und die kleineren in Gemeindebesitz zu überführen, hemmte den Wiederaufbau, da die Mühlenbesitzer von Investitionen und Reparaturen absehen. Außerdem werden die Kostenverhältnisse durch zu niedrige Mahltaxen ungünstig beeinflusst.

Die *Konservenindustrie* ist einer der entwicklungsfähigsten Zweige der landwirtschaftlichen Industrie, ganz besonders vom Gesichtspunkte des Auslandsabsatzes, da sich schon vor dem Krieg diese ungarischen Erzeugnisse besten Rufes erfreuten und nicht allein in Deutschland, sondern auch in England und den USA guten Absatz fanden³⁾. Voraussetzung ist jedoch eine Standardproduktion, die bei der Vielzahl der jetzigen Anbauer insbesondere bei Obst und Tomaten nicht leicht erreicht werden dürfte. Von den gegenwärtig 250 Betrieben (25% verstaatlicht) können 500.000 t Produkte bei einer Beschäftigtenzahl von 80.000 Arbeitern aufgearbeitet werden. Die Ausnützung dieser Kapazität ist natürlich eine Exportfrage.

Im Zuge der landwirtschaftlichen Produktionsplanung wurde seitens des Landwirtschaftsministerium ein Dreijahresplan für die weitere Entwicklung der Konservenindustrie ausgearbeitet. Im Jahr 1947/48 sollen folgende Erntemengen konserviert werden: 8.000 Waggon Tomaten, 300 Waggon Paradeis-Paprika, 600 Waggon Fisolen und Erbsen, 1.000 Waggon Gemüse, 2.000 Waggon Kraut, 4.000 Waggon Obst und 700 Waggon Fleisch. Eine

²⁾ Die Mühlenindustrie genoß nicht allein wegen der vorzüglichen Mehlqualität Weltruf, sondern auch wegen des hohen technischen Leistungsstandards. (So waren ein Spezialausfuhrartikel die Walzenstühle, mit denen die meisten europäischen Mühlen ausgestattet sind).

³⁾ Im August 1947 kam es zu einem Exportabschluß mit England, wobei sich Großbritannien verpflichtete, für die nächsten drei Jahre Lebensmittel abzunehmen. Bis 1. August 1948 sollen sich die Lieferungen auf 3,5 Mill. Pfund Sterling belaufen.

¹⁾ Dezember 1946: 454.000 Meter Wollstoff.

Kapazitätsausweitung ist ferner geplant für die Zuckerindustrie von 90.000 t i. J. 1938 auf 150.000 t, für die Industrie pflanzlicher Öle von 20.000 t auf 40.000 t, während die Tiefkühlanlagen, von denen Ungarn gegenwärtig nur eine mit einer Jahresleistung von 200 t verfügt, auf 36 erweitert werden sollen.

Die industrielle Produktion im Jahre 1949/50 nach dem Dreijahresplan

<i>Übersicht 14</i>		
Industrien	Index 1938=100	Produktionsleistung 1949/50
Elektr. Energieerzeugung	142·9	1.600 kWh
Bergbau	138·5	
davon Kohle	—	12.000 Tonnen
Eisen- und Metallindustrie	128·1	
davon Roheisen	—	432.000 Tonnen
Stahl	—	839.000 "
Maschinenindustrie	164·1	
davon Eisenbahnwagen	—	5.400 Stück
Lokomotiven	—	170 "
Fahrräder	—	100.000 "
Traktoren	—	5.000 "
Textil- und Bekleidungsindustrie	125·4	
davon Baumwollstoffe	—	250 Mill. Meter
Wollstoffe	—	21 "
Schuhe	—	3·7 Mill. Paar

Durch die Maßnahmen des *Dreijahresplanes* 1947/49 soll die industrielle Produktion über den Friedensstand hinaus erhöht werden. Von der gesamten Investitionssumme in Höhe von 6.585 Mill. Forint entfallen 26·5% oder 1.745 Mill. Forint auf die Industrie, wobei das Schwergewicht auf einem weiteren Ausbau der Maschinenindustrie und der Erzeugung elektrischer Energie liegt (siehe Übersicht 14).

Durch die im Dreijahresplan vorgesehene weitere Industrialisierung der ungarischen Wirtschaft wird der industrielle Importbedarf vermindert und das industrielle Exportvolumen, insbesondere auf dem Gebiete des Maschinen- und Fahrzeugbaues, bedeutend erweitert werden. Wieweit der vorgesehene Plan angesichts der vielfältigen Schwierigkeiten auch tatsächlich verwirklicht werden kann und die beabsichtigten Investitionen eine organische Industriestruktur herbeiführen werden, wird allerdings erst die zukünftige Entwicklung zeigen.

Außenhandel

Tiefgreifende Strukturwandlungen

Mit dem grundlegenden Umbau der ungarischen Wirtschaft und den veränderten weltpolitischen Einflüssen vollziehen sich auch im ungarischen

Außenhandel bedeutende Strukturwandlungen. Die verstärkte Industrialisierung, die Bodenreform, die Erweiterung der heimischen Rohstoffherzeugung, die Neuorientierung der Handelspolitik im Zuge des Dreijahresplanes sowie die veränderten politischen Kräfteverhältnisse bewirken eine Verschiebung in der regionalen Verteilung des Außenhandels zugunsten der Ostblockländer und eines verhältnismäßig stärkeren Anteils der Industrieerzeugnisse am Gesamtexport. Diese Strukturwandlungen lassen sich bereits deutlich aus den bisherigen Außenhandlungsergebnissen erkennen, obwohl die Entwicklung noch im Fluß ist und zur Zeit noch durch vorübergehende nachkriegsbedingte Erscheinungen überdeckt wird.

Die starke Auslandsabhängigkeit der ungarischen Wirtschaft hat sich nur bei einigen Rohstoffen vermindert. Durch den Ausbau der Erdölproduktion und der Naturgasgewinnung im Kriege wurde Ungarn zum Erdölexporteur. Auch der verstärkte Anbau von Industriepflanzen wird den Einfuhrbedarf an Rohstoffen verringern. Nach wie vor zwingt jedoch die ungenügende Eigenversorgung mit sonstigen wichtigen industriellen Rohstoffen und Produktionsmitteln zu umfangreichen Einfuhren, während andererseits die landwirtschaftliche Erzeugung sowie die Produktion einiger Industriezweige, zumindest nach Überwindung der nachkriegsbedingten Schwierigkeiten, den Inlandsbedarf übersteigen und auf ausländische Märkte angewiesen sein wird.

Durch die Bodenreform einerseits und die Industrialisierung andererseits verlagert sich das Schwergewicht der ungarischen Ausfuhr immer mehr auf Industrieerzeugnisse. Der landwirtschaftliche Export wird sich im Gegensatz zur Vorkriegszeit, in der der Getreideexport überwog, vorwiegend auf hochwertige landwirtschaftliche Veredelungsprodukte beschränken, die je Flächeneinheit bzw. je Arbeitskraft einen wesentlichen höheren Beitrag ergeben.

Für den ungarischen Industrieexport ist vor allem der Ausfall Deutschlands und die Einschaltung der Sowjetunion entscheidend. Der „innere Markt“ in Südosteuropa, der vor dem Krieg von der deutschen Industrie beherrscht wurde, bietet der ungarischen Industrie auf lange Sicht gute Absatzmöglichkeiten für ihre Exportüberschüsse. Einen besonderen Auftrieb wird die ungarische Industrie erlangen, sobald ihr der warenhungrige russische Markt offen steht. Mit den Donaustaaten und Rußland ergeben sich für Ungarn z. T. bessere Ergänzungsmöglichkeiten als früher im Wirtschaftsverkehr mit Deutschland. Deutschland war zwar in der Vorkriegszeit der Hauptabnehmer für Agrar-

erzeugnisse, konnte aber den ungarischen Bedarf an Rohstoffen, wie Wolle, Baumwolle, Metalle, Holz usw. nicht decken. Nunmehr besteht die Möglichkeit, den wichtigsten Rohstoffbedarf durch Holz und Salz aus Rumänien, Chrom, Nickel, Zinn, Zink, Kupfer, Blei und chemische Grundstoffe aus Jugoslawien, Eisenerze und Tabak aus Bulgarien, Baumwolle, Eisenerz, Metalle aus Rußland und polnische Kohle zu sichern, während andererseits Ungarn jene Länder mit spezifisch ungarischen Industrieartikeln, wie landwirtschaftliche Maschinen, chemische Erzeugnisse, Pharmazeutika, medizinische Instrumente, elektrische Geräte und Apparate, rollendes Material usw. beliefern kann. Die industrielle Überlegenheit Ungarns gegenüber Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien sichert einen Vorsprung, der nicht so schnell aufgeholt werden kann, während andererseits die Industrialisierung dieser Länder ihre Kaufkraft erhöht und die warenmäßige Austauschbasis erweitert.

Der Ausbau einer *Donau- und osteuropäischen Wirtschaftskonföderation* wird dem Warenaustausch innerhalb dieses Raumes neuen Auftrieb verleihen. Die engere wirtschaftliche Verflechtung dieser Staaten wird vor allem dadurch begünstigt, daß alle diese Länder zu einer weitgehenden Planwirtschaft übergegangen sind. Das Aufstellen von mehrjährigen Wirtschaftsplänen setzt aber voraus, daß auch der Außenhandel weitgehend geplant und vorausbestimmt werden kann. Es entspricht daher der Wirtschaftsform dieser Staaten, durch langfristige Wirtschaftsverträge den zwischenstaatlichen Warenbezug und Absatz über längere Zeiträume zu stabilen Preisen, unter Ausschaltung der weltwirtschaftlichen Konjunkturschwankungen, zu sichern. Dadurch wird es möglich, auch die Außenhandelsumsätze als feste Größen in die Wirtschaftspläne einzubauen. So wird die ungarische Handelspolitik zwangsläufig zu Verträgen mit den anderen Staaten des Donauraumes und mit Rußland, die die gleiche Außenhandelspolitik verfolgen, gedrängt, während umgekehrt Rußland bestrebt ist, seinen bisher geringen Außenhandel auf diese Staaten auszudehnen.

Allerdings kann sich der ungarische Außenhandel nicht allein auf die Staaten des Ostblocks beschränken. Die Deckung des Bedarfes an Produktionsmitteln und der Absatz seiner Agrarüberschüsse, besonders nach Beseitigung der kriegsbedingten Lebensmittelknappheit, wird Ungarn im wesentlichen nur im Außenhandelsverkehr mit dem Westen möglich sein.

Der gesamte Außenhandel wird von einem Außenhandelsdirektorium nach einem Außenhandels-

plan staatlich gelenkt und kontrolliert. Umfangreiche Import- und Exportkredite, die z. T. von einem Außenhandelausgleichsfonds gespeist werden, dienen der Förderung des Außenhandels.

Die Entwicklung des Außenhandels

Der ungarische Außenhandel war unmittelbar nach dem Krieg auf ein Minimum zurückgegangen und machte zunächst nur langsame Fortschritte (siehe Übersicht 15). Umfangreiche Kriegsschäden und vor allem die Inflation hemmten seine Entwicklung. Auch die Behandlung als Feindstaat bis Anfang 1946 verhinderte den Abschluß von Handelsverträgen. Im Jahre 1945 belief sich die Einfuhr (in Friedenspengö) nur auf 0,5% und die Ausfuhr auf 0,3% von 1938. Im Frühjahr 1946 setzte zwar bereits eine rege handelspolitische Tätigkeit ein, eine entscheidende Belebung erfuhr der Außenhandel aber erst nach der Währungsstabilisierung. Seither ist das Außenhandelsvolumen rasch angestiegen. Im September 1947 erreichte die Einfuhr bereits 55,7% des Vorkriegsvolumens. Die günstige Entwicklung der Einfuhr ist nicht zuletzt auf die amerikanischen Warenlieferungen auf Grund eines 30-Mill.-Dollar-Kredits zurückzuführen. Die Ausfuhr blieb allerdings mit 27,2%¹⁾ stark zurück, da die Agrarerzeugung noch gering ist und die hohen Reparationsleistungen sowie die wiederholten Exportsperrn für Mangelgüter, die dem heimischen Konsum zugeführt wurden, die Industriausfuhr beeinträchtigten. Da-

Die Entwicklung des ungarischen Außenhandels.

Übersicht 15

Zeit	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr
	Wert in Mill. Forint			Wert in Mill. Pengö	
1938	—	—	—	34,2	43,5
1946	30,9	35,0	+ 4,1	5,5	6,4
1947	65,0	63,3	— 1,7	14,5	9,5
I.	120,2	76,6	— 43,6	18,4	11,7
VI.	125,1	93,4	— 31,7	18,3	11,8
VII.	119,0	96,5	— 22,5	16,3	13,1
VIII.	134,3	63,6	— 70,7	19,7	8,6
IX.	138,6	84,3	— 53,3	19,1	10,8

¹⁾ Gazdaságstatisztikai Tájékoztató, Heft 11/1947.

durch ergab sich im ersten Halbjahr 1947 bei einer Ausfuhr von 441,9 Mill. Forint und einer Einfuhr von 597,9 Mill. Forint ein Einfuhrüberschuß von 156,0 Mill. Forint, das zum überwiegenden Teil (147 Mill. Forint) durch USA-Kredite finanziert wurde.

Die Reparationsleistungen sind in der Ausfuhr nicht erfaßt. Unter Berücksichtigung der Reparationsleistungen, die zum Großteil aus Sachlieferun-

¹⁾ Vorkriegsexport = 100%.

gen, aus der laufenden Produktion bestehen, erhöht sich die Ausfuhr wesentlich.

Die für die Zeitspanne vom August 1946 bis Juli 1947 veröffentlichten Reparationszahlungen sind um 11,3% höher als der Wert der kommerziellen Ausfuhr und um 156,0% höher als die Ausfuhr nach den drei Reparationsgläubigerländern in diesen acht Monaten¹⁾.

Die ungarischen Reparationsleistungen in der Zeit vom 1. August 1946 bis 31. Juli 1947¹⁾.

Übersicht 16

Land	Handels- export	Repa- rations- export ²⁾	Handels- und Reparat.- Export
	in Millionen Forint		
Rußland	173,1	684,7	857,7
Tschechoslowakei	95,9	60,1	156,0
Jugoslawien	34,2	198,3	232,5
Summe	303,2	943,1	1.246,3
in %	100,0	311,0	411,0
Gesamter Export	835,2	943,1	1.778,3
in %	100,0	112,9	211,9

¹⁾ Ungarische Wirtschaftsstatistik, Heft 10, 1947 — ²⁾ Außer diesen Reparationsexporten hatte der ungarische Staat noch 60 Millionen Forint an die alliierte Kontrollkommission und 269,4 Millionen Forint für den Unterhalt der russischen Besatzungstruppen zu zahlen. Die reinen Reparationsleistungen beliefen sich demnach in der besprochenen Zeitspanne auf 1.272,5 Millionen Forint oder 34,7% des Verwaltungsbudgets.

Das tatsächliche Exportvolumen und damit die derzeitige Exportkapazität der ungarischen Industrie ist daher wesentlich höher, als in den Außenhandelszahlen zum Ausdruck kommt²⁾.

a) Nach Waren

Gegenüber 1938 hat die *Ausfuhr* von landwirtschaftlichen Gütern im Verhältnis zu industriellen Erzeugnissen stark abgenommen. Insbesondere im Jahre 1946 entfielen wertmäßig nur 39% auf landwirtschaftliche Güter und 61% auf nichtlandwirtschaftliche Güter gegenüber 66% und 34% im Jahre 1938. Mit der Erholung der Landwirtschaft wird auch der Anteil der landwirtschaftlichen Güter am Export wieder zunehmen. So stieg die landwirtschaftliche Ausfuhr bereits im ersten Halbjahr 1947 wieder auf 51,7% der Gesamtausfuhr an. Auf lange Sicht ist jedoch mit einem stärkeren Anteil des Industrieexportes zu rechnen, da die Agrarüberschüsse durch die Bodenreform im Vergleich zur Vorkriegszeit stark zurückbleiben werden, während der Industrieexport infolge der Industrialisierung,

¹⁾ Nach Pressemeldungen soll der Übernahmepreis auf Basis 1939 erfolgen; unter dieser Annahme würde die Reparationsausfuhr volumenmäßig das Acht- bis Zehnfache der Handelsausfuhr betragen.

²⁾ Wenn auch ein Teil dieser industriellen und landwirtschaftlichen Reparationen nicht aus der laufenden Produktion stammt und nicht das Land verläßt, so werden diese Werte doch der ungarischen Wirtschaft entzogen.

des Ausfalls Deutschlands und des Ausbaues der heimischen Erdölquellen verhältnismäßig an Bedeutung gewinnt.

In der *Einfuhr* überwiegen Rohstoffe und Halbfabrikate. Im ersten Halbjahr 1947 betrug der Anteil der Rohstoffe 37% und der der Halbfabrikate 14,3% der Gesamteinfuhr, während nur 21,5% auf Fertigwaren entfielen. Die Nahrungsmitelefuhre (42,2%) im ersten Halbjahr 1947 war struktur-fremd und wird mit der Beseitigung der Lebensmittelknappheit wieder zurückgehen.

Die wichtigsten Waren im ungarischen Außenhandel im ersten Halbjahr 1947

Einfuhr	in Prozent	Mill. Forint	Ausfuhr	in Prozent	Mill. Forint
Baumwolle	16,2	96,1	Mineralöl und -Produkte	9,1	40,2
Wolle	3,7	28,1	Eisen u. Eisen- waren	9,4	41,4
Leder	5,2	30,9	Maschinen u. Chemische Stoffe	6,9	30,4
Eisen und Eisenwaren 5,4	29,8		Öle, Seifen u. Kerzen	7,5	33,6
Fahrzeuge	8,6	51,1	Landwirt- schaftl. Roh- stoffe	9,1	40,1
Maschinen u. Apparate 7,3	23,6		Tiere (Geflügel) 12,1	53,1	
			Verarbeitete landwirtsch. Produkte	5,9	26,5
			Saatgut	4,4	19,2
			Futtermittel	3,2	14,5

b) Nach Handelspartnern

Der ungarische Außenhandel beschränkte sich im Jahre 1945 nahezu ausschließlich (90%) auf die Südostländer und Rußland. Erst im Frühjahr 1946, besonders aber nach der Währungsstabilisierung setzte eine rege handelspolitische Tätigkeit ein, die sich zunächst auf die westeuropäischen Staaten erstreckte, sich aber später wieder auf die Ost- und Südoststaaten verlagerte. Im ersten Halbjahr 1947 erhöhte sich infolge der USA-Lieferungen im Rahmen des 30-Mill.-Dollar-Kredits und des verstärkten Außenhandels mit England wieder der Anteil der Weststaaten und der überseeischen Länder.

Die wichtigsten Handelspartner in der Berichtszeit waren Rußland, die Tschechoslowakei und die Schweiz, die 1946 allein 66,2% des Gesamtvolumens bestritten. Erst im ersten Halbjahr 1947 vergrößerte sich durch den verstärkten Außenhandel mit den USA, England und Polen die regionale Streuung des ungarischen Außenhandels (siehe Übersicht 17).

Durch die Einschaltung Rußlands gewann der Handelsverkehr mit dem ost- und südosteuropäi-

Außenhandel Ungarns nach Ländern 1937 und 1947
Übersicht 17

Länder	Einfuhr			Ausfuhr		
	1. August 1946 bis 31. Juli 1947		1937	1. August 1946 bis 31. Juli 1947		1937
	1000 Forint	%	%	1000 Forint	%	%
Insgesamt	945.135	100,0	100,0	835.173	100,0	100,0
davon:						
Deutschland	350	0,0	25,9	177	0,0	24,0
Österreich	31.743	3,4	18,0	41.799	5,0	15,8
Schweiz	88.009	9,3	2,1	144.119	17,3	4,2
Italien	28.833	3,1	7,0	26.015	3,1	12,3
Jugoslawien	45.288	4,8	4,9	34.063	4,1	2,2
Rumänien	53.317	5,6	9,8	26.096	3,1	4,3
Polen	70.256	7,4	1,1	44.777	5,4	0,9
Tschechosl.	116.563	12,3	6,3	88.895	10,6	3,5
Rußland	104.599	11,1	0,1	173.881	20,8	0,4
England	42.811	4,5	5,3	102.773	12,3	7,2
Schweden	38.839	4,1	0,7	59.668	7,1	1,5
U. S. A.	221.106	23,4	4,7	13.146	1,6	2,9

sehen Raum überragende Bedeutung. In der abgelaufenen Zeit entfiel der überwiegende Teil des Außenhandels noch auf die Sowjetunion. Der Handelsvertrag mit Jugoslawien und die auf ähnlicher Basis geführten Besprechungen mit Rumänien und Bulgarien lassen jedoch erwarten, daß auch diese beiden Länder eine über die Vorkriegszeit hinausgehende Bedeutung erlangen werden.

Räumliche Gliederung des ungarischen Außenhandels

Übersicht 18

Gebiet Zeitraum	Ein- fuhr		Aus- fuhr		Ein- fuhr		Aus- fuhr	
	in Mill. Forint		in %		in %		in %	
	1946 und 1. Halbjahr 1947		1928 — 1938		1928 — 1938		1928 — 1938	
West-Nord-Süd- Europa 1)								
1946	18,4	58,6	4,9	13,9	16,3	21,9		
1947; I — VI	124,9	144,8	20,9	32,8				
Mitteleuropa 2)								
1946	161,9	192,0	43,5	45,6	57,3	58,0		
1947; I — VI	171,7	170,4	28,7	38,6				
Ost-Südost- Europa 3)								
1946	142,7	152,5	38,4	36,4	17,0	11,1		
1947; I — VI	126,3	103,5	21,1	23,4				
Übersee 4)								
1946	47,5	6,9	12,8	1,7	7,4	4,2		
1947; I — VI	170,3	18,4	28,5	4,2				
Andere								
1946	0,06	10,3	0,4	2,1	2,0	4,8		
1947; I — VI	4,7	4,8	0,8	1,1				
1946	370,6	420,5	100,0	100,0	100,0	100,0		
1947; I — VI	597,9	442,0	100,0	100,0				

1) Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Holland, Italien, Norwegen, Schweden, Spanien. — 2) Deutschland, Österreich, Polen, Schweiz, Tschechoslowakei. — 3) Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien, Rußland, Ungarn, Türkei. — 4) Argentinien, Britisch-Indien, Kanada, Palästina, Südafrika, USA.

Einschließlich Polens und der CSR belief sich der Anteil der „Ostblockstaaten“ am ungarischen Außenhandel im Jahre 1946 auf 65,2% und im ersten Halbjahr 1947 auf 46%. Die von Rußland angestrebte Großraumbildung, die durch die zahlreichen gegenseitigen Wirtschaftsverträge dieser Länder untereinander und mit Rußland bereits konkrete Formen annimmt, wird die Bedeutung dieses Raumes für Ungarn noch erhöhen, sobald sich die

wirtschaftliche Lage weiter konsolidiert hat und die Abkommen angelaufen sind.

Rußland, das vor dem Kriege keine Außenhandelsbeziehungen mit Ungarn unterhielt, ist zum bedeutendsten Partner geworden. Bereits im August 1945 wurde ein Handelsabkommen sowie ein fünfjähriger wirtschaftlicher Kooperationsplan abgeschlossen, demzufolge Rußland bis 31. Dezember 1946 Waren im Werte von 30 Mill. Dollar lieferte. 15 Mill. Dollar entfielen auf Baumwolle (wovon zwei Drittel dem Inlandsverbrauche zugute kamen). Ferner lieferte Rußland Koks, Salz, Eisenerze, Holzkohle, Schmieröle, Roh- und synthetischen Gummi, Metalle und Legierungen sowie Zucker, während Ungarn Textilwaren, Konfitüren, Obstpulpe, Wein, Heizöl, Benzin, Gasöl, Zement usw. ausführte. Ein provisorisches Abkommen überbrückte die Spanne vom Dezember 1946 bis zum neuen Handelsvertrag vom Juli 1947, der bis 31. August 1948 läuft und einen Warenaustausch (Ein- und Ausfuhrwert) von 70 Mill. Dollar vorsieht. Rußland wird vor allem Eisenerze, Koks, Baumwolle und Salz liefern, Ungarn Maschinen, Aluminium, Zement, Erdöl. Daneben laufen noch Sonderabkommen, wie z. B. ein Auftrag vom November 1946 über 6.000 Zimmer-einrichtungen, wofür Rußland das Holz liefert, ferner Lohnveredlungsaufträge für die Textilindustrie. Rußland als Handelspartner hat, verglichen mit Deutschland, den Vorteil, daß es Ungarn den Absatz von Industriewaren erlaubt und andererseits wertvolle Rohstoffe liefert. Das Interesse Rußlands wird wach bleiben, da es durch die Potsdamer Beschlüsse und durch die gemischten russisch-ungarischen Gesellschaften (Luftfahrt, Schifffahrt, Bauxit, Erdöl) Eingang in die ungarische Industrie gefunden hat. Außerdem kommen die fest umgrenzten langfristigen Warenlieferungen der ungarischen Planwirtschaft den russischen Bedürfnissen sehr entgegen.

Mit der Tschechoslowakei sind noch keine langfristigen Abkommen geschlossen worden, was sich wohl aus den politischen Spannungen (Umsiedlungsfrage), die im Jahre 1946 zwischen beiden Ländern bestanden, erklärt. Trotzdem war der Warenverkehr auf Grund kurzfristiger Vereinbarungen zufriedenstellend. Mit 21% war die CSR im Jahre 1946 der zweitgrößte und im ersten Halbjahr 1947 mit 10% der viertgrößte Handelspartner Ungarns. Nach dem Abkommen vom März 1947 wird die Tschechoslowakei vor allem Koks liefern. Die Zelluloselieferungen werden den halben Bedarf der ungarischen Papierindustrie decken können. Ungarn wird Erdöl und Erdölprodukte sowie Nahrungsmittel liefern.

Innerhalb des „Ostblockes“ wurden außer mit Rußland und der ČSR vor allem mit Jugoslawien und Polen Wirtschaftsabkommen getroffen, während sich der Warenverkehr mit Rumänien und Bulgarien vorläufig noch auf Kompensationsgrundlage abspielt.

Besonders das *ungarisch-jugoslawische* Wirtschaftsabkommen verdient wegen seiner detaillierten und auf lange Sicht berechneten Planung Beachtung. Im Jänner 1947 wurde neben dem Handelsabkommen auch noch ein Fünfjahresplan vereinbart, in dessen Rahmen Ungarn Waren im Werte von 200 Mill. Dollar exportieren will. Ungarn wird vor allem Energieanlagen, Grubeneinrichtungen, elektrotechnisches Material, Maschinen und Bestandteile für die Metallindustrie liefern und dafür Erze, Metalle, chemische Grundstoffe, Holz und Zellulose erhalten. Außerdem ist ein gemeinsamer Ausbau der Wasserwege geplant; in Fiume wird Ungarn ein Freihafen eingeräumt. Gemischte Wirtschaftskommissionen und eine von Ungarn gegründete „Südöstliche Industriegesellschaft“ untersuchen die weiteren Austauschmöglichkeiten sowie eine produktionswirtschaftliche Abstimmung beider Länder.

Im ersten Halbjahr 1947 betrug der Anteil Jugoslawiens am ungarischen Außenhandel bereits 5% gegenüber 1% im Jahre 1946. Voraussichtlich dürfte sich der Anteil im Laufe des Jahres 1947 rasch erhöhen und Jugoslawien neben Rußland zu dem bedeutendsten Handelspartner Ungarns werden lassen.

Mit *Polen* wurde im März 1947 ein Abkommen getroffen. Polen liefert Koks, Kohle und Zink, Ungarn Maschinen, Ölprodukte, Medikamente und Wein. Der polnische Anteil erhöhte sich von 5·8% im Jahre 1946 auf 7·1% im ersten Halbjahr 1947 (1938: 1%).

Der *mitteleuropäische* Raum hat zwar durch den Ausfall Deutschlands sowie den geringen Handelsverkehr mit Österreich seine überragende Stellung eingebüßt (in der Vorkriegszeit entfielen 60% des ungarischen Außenhandels auf Mitteleuropa), nimmt aber infolge der starken Intensivierung des Außenhandelsverkehrs mit der Schweiz noch immer mit 44·5% im Jahre 1946 und 33·7% im ersten Halbjahr 1947 einen wichtigen Platz ein. Allerdings müssen Polen und die ČSR heute auf Grund ihrer politischen Zugehörigkeit zum Ostblock gerechnet werden, so daß der Anteil des übrigen Mitteleuropa nur 17·7% im Jahre 1946 und 16·3% im ersten Halbjahr 1947 beträgt. Der Handel mit dem verkleinerten Mitteleuropa wird zwar bei einer wirtschaftlichen Erholung Deutschlands und Öster-

reichs an Bedeutung gewinnen, ohne jedoch die einstige Stellung wieder zu erreichen.

Die *Schweiz* hat in der Berichtszeit den Außenhandel mit Ungarn gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich erhöht und stand 1946 mit 15·1% (1938: 2·8%) und im ersten Halbjahr 1947 mit 11·1% an dritter Stelle. Nach dem Ausfall Deutschlands gehört die Schweiz zu den wenigen Ländern Europas, die Investitionsgüter liefern können, die Ungarn dringend benötigt. Ein im April 1946 gewährter 10-Mill.-Frank-Kredit erleichtert den Warenaustausch, der auf ungarischer Seite Lieferungen von Nahrungsmitteln und Getränken, Bettfedern und einigen Industriegütern vorsieht.

Der Handelsverkehr mit *Österreich* (das in den Vorkriegsjahren neben Deutschland der wichtigste Handelspartner war) blieb noch relativ bescheiden, wenn auch die Handelsabkommen vom Dezember 1946 und März 1947 den Warenaustausch gegenüber 1946 erweiterten. (Außenhandelsanteil 1946: 2·8%; erstes Halbjahr 1947 5·1%.) Österreich lieferte Grubenholz, Magnesit, Ammoniaksoda; Ungarn Wild, Speiseöl, Sonnenblumenkerne, Sojabohnen, Zwiebel und einige Industrieartikel.

Die natürlichen Ergänzungsmöglichkeiten der beiden Länder lassen mit der Wiederbelebung der Wirtschaft einen verstärkten Warenaustausch erwarten. Ungarn wäre besonders an österreichischen Lieferungen von Zellulose, Papier, Ammoniaksoda und hochwertigen Stahlwaren interessiert.

Der Handel mit den *westeuropäischen Staaten* erfuhr im ersten Halbjahr 1947 eine stärkere Belebung und dürfte in Zukunft größere Bedeutung erlangen als in der Vorkriegszeit. Der von Ungarn angestrebte Export hochwertiger Nahrungsmittel fände in den Weststaaten guten Absatz, während andererseits Ungarn an Guthaben in „harter Währung“ für Rohstoffimporte interessiert ist.

So ruht vor allem der *englisch-ungarische* Warenaustausch auf einer breiteren Basis als vor dem Kriege. Außerdem wurden mit einer Reihe von Staaten im zweiten Quartal 1947 Verträge abgeschlossen, die sich erst später auswirken werden. Der Außenhandelsanteil Englands ist von 3·9% im Jahre 1946 auf 9·2% im ersten Halbjahr 1947 gestiegen und nimmt weiter zu. Mit dem Handelsabkommen vom August 1946 wurde Ungarn aus der Liste der Feindstaaten gestrichen und England erklärte sich bereit, einen Teil des früheren Deutschland-Geschäftes zu übernehmen. Besonders vorteilhaft war die Zusage Englands, für eine Million Pfund Sterling Werkzeugmaschinen zu liefern und

andererseits umfangreiche Lebensmittelmengen aus Ungarn abzunehmen. Außerdem räumte eine englische Bankgruppe (Rothschild, Hambros, Schröder, Morgan) Ungarn einen 400.000-Pfund-Kredit für den Einkauf von Rohmaterialien ein.

Die Austauschbeziehungen werden weiter vertieft durch das Handelsabkommen vom August 1947, das über drei Jahre läuft und den englischen Markt für ungarische Nahrungsmittel (Geflügel, Eier, Büchsenfleisch, Wein, Schnaps) öffnet, während Ungarn als Gegenleistung Rohstoffe (Schafwolle, Jute, Gummi, Metalle) erhält.

Der *französisch-ungarische* Wirtschaftsvertrag vom Oktober 1946 sah einen Export für 100 Mill. ffrs. und einen Import für 150 Mill. ffrs. vor. Ungarn liefert Lebensmittel, Futtermittel, Tabak, Heilpflanzen, Medikamente, elektrische Artikel, Porzellan und Glaswaren; Frankreich Zuchttiere, Fahrzeuge, Maschinen, Farben, optische Gläser und Kolonialprodukte. Eine französisch-ungarische Warenaustausch-Gesellschaft soll weitere Austauschmöglichkeiten untersuchen.

Der *Überseemarkt* wird ausschließlich durch die Lieferungen der USA bestimmt und zeigt noch keine allgemeine Tendenz. Das Südamerika- und vor allem Nahostgeschäft wird von Ungarn sehr gepflegt, konnte sich jedoch über bescheidene Ansätze hinaus noch nicht entwickeln. Bedeutung wird vor allem dem Geschäft mit dem Nahen Osten zukommen, wo Ungarn mit Ägypten und Palästina Abkommen getroffen hat.

Bisher haben die USA fast ausschließlich im Rahmen des Dollarkredites Waren geliefert (Einfuhranteil 1946: 12,4%; erstes Halbjahr 1947: 25,7%; Ausfuhranteil 1946: 1,6%; erstes Halbjahr 1947: 1,5%). Die Suspendierung des Kredites im Juni 1947 seitens Amerikas wird den Warenaustausch auf ein Minimum reduzieren und sich im Rahmen des 7-Mill.-Dollar-Baumwollkredits abspielen.

Zusammenfassung

Der Friedensvertrag von Paris beschränkte Ungarn, abgesehen von kleinen Grenzveränderungen zugunsten der Tschechoslowakei, wieder auf den Gebietsstand von Trianon-Ungarn.

In diesem engen Rahmen sah sich Ungarn nach Kriegsende einer Fülle von wirtschaftlichen und sozialen Problemen gegenüber, die teils aus der Vergangenheit stammten, wie die ungleiche Grundbesitz- und Vermögensverteilung, teils der Gegenwart entsprangen, wie die Kriegsschäden, die Reparationen und die Währungszerrüttung. Die Lösung dieser

Aufgaben wurde von der sozialistisch-kommunistisch inspirierten Wirtschaftspolitik durch Maßnahmen in die Wege geleitet, die praktisch auf einen radikalen Umbau der alten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hinauslaufen. Wirtschaftsplanung, Verstaatlichung, neue Vermögens- und Einkommensverteilung kennzeichnen den Umstellungsprozeß, dessen erste Phase mit der Bodenreform und Sozialisierung eingeleitet wurde und dessen zweite Phase mit dem Dreijahresplan, dem Übergang zur Planwirtschaft und der Einordnung in den geplanten osteuropäischen Wirtschaftsraum begann.

Ein einheitlicher gesamtwirtschaftlicher Aufschwung setzte in Ungarn erst nach der Währungsstabilisierung und insbesondere im ersten Halbjahr 1947 ein. Bis August 1946 (Währungsreform) ist das Wirtschaftsbild sehr uneinheitlich und zeigt den typischen Charakter der Nachkriegswirtschaft eines zerstörten Landes. Unausgeglichene Produktionsverhältnisse, kurzfristige betriebliche Produktionsdispositionen, Warenknappheit und Schleichhandel; wirtschaftspolitische Improvisationen, chaotische Preis-Lohn-Verhältnisse kennzeichnen die allgemeine Lage.

Die wirtschaftlichen Leistungen blieben daher auch im Jahre 1946 weit unter den Vorkriegsleistungen und betragen im Bergbau durchschnittlich 50 bis 60% des Standes von 1938, im Gütertransport der Bahnen 47,3%, in der industriellen Produktion durchschnittlich 40% und in der Landwirtschaft 50%. Eine bemerkenswerte Belebung setzte im letzten Quartal 1946 ein, die bis März 1947 anhielt. Die Bergbauförderung erreichte den Vorkriegsstand, die Roheisenerzeugung 95%, die Rohstahlerzeugung 81%; die industrielle Produktion sowie die Verkehrsleistungen durchschnittlich 60 bis 70% der monatlichen Durchschnittsleistung von 1938.

Die *Förderung im Bergbau* erholte sich am raschesten und ihre Leistungshöhe ermöglichte das Anlaufen der industriellen Produktion. Durch eigenes Erdöl und die wesentlich verstärkte Manganerzproduktion war die Rohstofflage gegenüber 1938 wesentlich leichter. In der Kohlenförderung drückten der Raubbau während des Krieges und die Veralterung der Grubeneinrichtungen die Produktivität. Die Bauxitförderung lag 1946 bei 20% der Vorkriegsleistung und erhöhte sich erst ab März 1947 wesentlich.

Die *industrielle Produktion* konnte zum Teil bereits im Jahre 1945 durch russische Rohstofflieferungen in Gang gebracht werden. Reparationsverpflichtungen seitens der Schwerindustrie und

russische Lohnveredlungsaufträge für die Textilindustrie erhöhten den Beschäftigungsgrad in diesen Industrien besonders. Der Produktionswert der Gesamtindustrie stieg unter Ausschaltung der Preisveränderungen von Jänner 1946 bis Mai 1947 um 74%, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden stieg um 28%, der Kohlenverbrauch um 33%, der Stromverbrauch um 126%. Abgesehen vom Rohstoffmangel war der Auslandsabsatz durch die hohen Kostenpreise und infolge der hohen steuerlichen und sozialen Belastung ungünstig beeinflusst. Kapitalmangel verhinderte aber die notwendigen Ersatzbeschaffungen und Rationalisierungen.

In der *Landwirtschaft* hemmten die Kriegsschäden und die Bodenreform die Erzeugung und machten sogar Getreideimporte notwendig. Im Anbaujahr 1946/47 konnte jedoch die Erzeugung wesentlich gesteigert werden, vor allem die von Brotgetreide und Produkten des kleinbäuerlichen Betriebes, wodurch ein Export möglich war.

Preise, Löhne und Währung wurden mit der Währungsreform geregelt. Die Preis- und Lohnrelationen wurden entsprechend dem Gütermangel so gestaltet, daß jede überschüssige Kaufkraftbildung verhindert wurde. Seit Anfang des Jahres 1947 sind die landwirtschaftlichen Preise und die Löhne dennoch wieder in einer ständigen Aufwärtsbewegung, wobei die Preise den Löhnen vorausseilen. Der

Lebenshaltungskostenindex stieg von 349,9 (Basis August 1939) im August 1946 auf 426,2 im Mai 1947.

Der *Staatshaushalt* des abgelaufenen Budgetjahres war trotz der hohen Reparationsbelastungen ausgeglichen und durch rigorose Sparmaßnahmen gekennzeichnet. Das Steueraufkommen zeigt seit der Stabilisierung eine rasche Aufwärtsentwicklung und soll die Hauptlast der Finanzierung des Dreijahresplanes tragen.

Der *Außenhandel* entspricht der gegenüber der Vorkriegszeit veränderten Stellung des ost-südosteuropäischen Raumes. Langjährige Wirtschaftsverträge mit den Nachbarstaaten bestimmen die handelspolitische Tätigkeit und werden das in den Jahren 1945 und 1946 noch geringe Außenhandelsvolumen (außer Reparationsleistungen) rasch steigen lassen. Bereits im ersten Halbjahr 1947 waren die Umsätze größer als im ganzen Vorjahr.

Die ungarische Wirtschaft zeigt also seit der Währungsstabilisierung eine rasche Konsolidierung, die sich in der wachsenden industriellen Produktion, einer reichlicheren Beschickung des Binnenmarktes mit landwirtschaftlichen und industriellen Gütern und dem steigenden Außenhandel äußert. Die weltpolitischen Spannungen wirken sich insbesondere auch auf die Kapitalversorgung der ungarischen Industrie nachteilig aus.